

Nationen zu verzeichnen war. Man hat mit Recht gesagt: Lassen wir die Unabhängigen und Kommunisten in Halle darüber streiten, ob sie sich zur Dritten oder Zweiten Internationale stellen, wir stellen uns auf den Boden der Zweiten, der demokratischen Internationale; wir sind überzeugt, den richtigen Weg zu gehen. Wenn wir in Genf den anderen Sozialisten die Bruderhand entgegen-gestreckt haben, und wenn diese Hand freudig genommen und warm gedrückt wurde, dann können wir mit um so größerem Stolz sagen, daß wir die richtigen Wege gegangen sind, die uns zu einer neuen Völkerverbrüderung führen, die wir alle erstreben und für die Genf immerhin ein verheißungsvoller Anfang gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag 198 wird zurückgezogen. Die übrigen Anträge, die zu Punkt 4 der Tagesordnung gestellt worden sind, werden durch einstimmige Annahme des Antrages 376 für erledigt erklärt, mit der Maßgabe, daß die Anträge 199, 200 und 204, die das Nachrichtenwesen und seine internationale Organisation betreffen, vom Parteivorstand berücksichtigt werden sollen und die Anträge 202 und 203 vom Parteivorstand weiterberaten werden sollen.

Die Resolution 381a wird unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Müller spricht namens des Bureaus die Hoffnung aus, daß das internationale Proletariat die Stimme des Parteitages hört, da die Forderung der Entente keine Kontinentalpolitik sei, sondern organisierter Mord von deutschen Kindern und Greisen.

Außerdem wird beschlossen, zur Beratung der Richtlinien zum Agrarprogramm und der dazu gestellten Anträge eine Kommission einzusetzen, die aus folgenden Mitgliedern bestehen soll: Georg Schmidt, Adolf Braun, Otto Braun, Erhard Auer, Dr. Duard, Schölich-Dreslau, Miß-Röhm, Gentner-Pegnitz, Becker-Warthmannshagen, Brandenburg-Stendal, Ruggaber-Ulm, Kaiser-Seibelberg und Hoin-Limburg.

Da ein Beschluß, wann die Beitragserhöhung in Kraft treten soll, noch nicht gefaßt worden ist, stellt der Vorsitzende Müller nachträglich fest, daß der Referent, Genosse Bartels, in seinem Schlußwort davon gesprochen habe, daß die Beitragserhöhung bis zum 1. April 1921 durchgeführt sein soll. Ein Widerspruch dagegen wird nicht erhoben; es ist also demgemäß beschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 35 Minuten.)

## Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 15. Oktober 1920, Vormittagsitzung.

Vorsitzender Hermann Müller eröffnet die Sitzung und macht darauf aufmerksam, daß morgen vormittag die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie des Zentralbildungsausschusses stattfindet und ersucht um Vorschläge bis mittags 12 Uhr.

Leuterich-Hamburg schlägt für den Parteivorstand 10 Mitglieder vor. Die Kontrollkommission als Aufsichtsinanz ist der Meinung, daß der Vorstand um zwei Sekretäre verstärkt werden muß. Als Vorsitzende werden vorgeschlagen Wels und Müller, als Kassierer Bartels und Heinrich, als Sekretäre Dr. Adolf Braun, Genossin Suchacz, Mollenbuhr, Pfannkuch und in Zuwahl Krüger-Berlin und Stelling-Lübeck.

Vorsitzender Müller: Es scheint notwendig, noch die Zahl der Beisitzer zu bestimmen.

Leuterich schlägt vor, statt drei Beisitzer jetzt sechs zu wählen.

Vorsitzender Müller: Die Namen sind jetzt noch nicht vorzuschlagen, sondern schriftlich dem Bureau einzureichen. Der Parteivorstand hat im Laufe des verfloffenen Jahres die Uebung wieder aufgenommen, die vor dreißig Jahren auf unserem Hallenser Parteitag beschlossen wurde, daß der Parteivorstand den jeweiligen Redakteur des „Vorwärts“ als stimmberechtigtes Mitglied zu seinen Sitzungen zuzieht, um dadurch den für das Parteileben notwendigen Kontakt zwischen Parteileitung und Zentralorgan herzustellen. Ich nehme also an, daß, wenn Sie die Vorschläge des Genossen Leuterich annehmen, Sie gleichzeitig damit einverstanden sind, daß diese Uebung beibehalten wird, die nur verlassen war, als der „Vorwärts“ seinen Chefredakteur hatte. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, ebensowenig gegen die sachlichen Vorschläge des Genossen Leuterich, es ist so beschlossen.

Der Parteitag tritt darauf in den Punkt 6 der Tagesordnung ein:

### Das Parteiprogramm.

Berichterstatter Dr. Adolf Braun: Werte Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich mit einer historischen Reminiscenz beginnen. Der erste Meinungsaustruck unserer Partei, der freilich nicht unter den Voraussetzungen zustande kam, die heute für ein Programm notwendig sind, der aber doch die Richtlinien für die Partei bestimmte, ist in einem Artikel zu finden, den der „Sozialdemokrat“ von Jean Baptiste von Schweizer im Jahre 1865 veröffentlichte. Es wird Ihnen merkwürdig modern erscheinen, was da als Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum Ausdruck gebracht wurde. Es heißt da:

„Drei große Gesichtspunkte sind es, die das Streben und die Tätigkeit unserer Partei bestimmen: Wir bekämpfen jene Gestaltungen des europäischen Staatenystems, welche unnatürlich die Völker trennend und verbindend aus dem feudalen Mittelalter in das 19. Jahrhundert sich hinübergeschleppt haben — wir wollen fördern die Solidarität der Völkerinteressen und der Volkssache durch die ganze zivilisierte Welt. Wir wollen nicht ein ohnmächtiges und zerrissenes Vaterland, machtlos nach außen und voll Willkür im Innern — das ganze gewaltige Deutschland wollen wir, den freien Volksstaat. Wir verwerfen die bisherige Beherrschung der Gesellschaft durch das Kapital — wir hoffen zu erkämpfen, daß die Arbeit den Staat regiere.“

Jedem dieser Worte, jedem dieser Sätze können wir heute unter dem Drucke des Pariser Friedensvertrages und in der bitteren Not zustimmen, unter der wir mehr als je leben. Fast in der Mitte zwischen diesem ersten Meinungsaustruck der sozialdemokratischen Partei — von Lassalle haben wir keine programmatische Zielsetzung — und dem, was wir jetzt erstreben, liegt das Erfurter Programm vom Jahre 1890/91, näher noch Jean Baptiste von Schweizer, als der Arbeit, die wir heute zu verrichten haben. Jetzt haben wir zu einem neuen Programm zu gelangen! Gewaltig rasch ist die Zeit fortgeschritten, seitdem wir zum letzten Male programmatisch gearbeitet haben. Drei Jahrzehnte sind seitdem verstrichen, die Welt ist völlig anders geworden. Deutschland ist nicht mehr das Deutschland Wilhelms II., Deutschland ist aber auch leider nicht mehr der drittgrößte Industriestaat der Welt, Deutschland ist verarmt und verelendet, die Menschen in Deutschland sind auch nicht mehr die, die sie im Jahre 1890 waren. Der Krieg hat uns erschüttert, hat uns seelisch zermürbt, hat das sittliche Bewußtsein des deutschen Volkes auf den tiefsten Stand gebracht. Wir sind ein gänzlich anderes Volk geworden, unsere Bedürfnisse sind andere geworden. Wir sind zur Selbstprüfung mehr genötigt als jemals vorher. Aenderung unseres Parteiprogramms ist Selbstprüfung unserer Partei. Jeder von uns aber, jede Gruppe sollte das gewaltige Bedürfnis empfinden, sich selbst zu prüfen. Der Krieg und die Revolution, ein Krieg, wie er niemals

vorher gewesen ist, haben die Menschen anders gemacht, haben aber auch die Grundlagen, auf denen sich unser Programm zu entwickeln hat, vollständig umgestaltet. Aus den Worten, die Wilhelm Liebknecht 1890 in seinem Referat über das Parteiprogramm in Halle gesprochen hat, steht ein Satz fest, so lange es eine Sozialdemokratie geben wird, daß nämlich das sozialdemokratische Programm die Kollektivarbeit sämtlicher Parteigenossen sein muß. Wir wollen kein Parteiprogramm, das von irgendeiner Gruppe von Menschen geschaffen wird außerhalb von uns oder von einer kleinen Gruppe unter uns. Wir wollen auch nicht den heiligen Geist von Moskau über uns ergießen lassen. (Sehr richtig!) Wir wollen ein Programm der deutschen Arbeiterklasse schaffen aus dem Willen und der Tatkraft, aus der Ueberlegung und Erfahrung der Gegenwart, aber auch aus den Zukunftshoffnungen, dem Zukunftswillen der deutschen Arbeiterklasse. Wir wollen, daß dieses neue Parteiprogramm die geistige Anstrengung unseres arbeitenden Volkes sein soll. Wir freuen uns, ein gutes Zeichen dafür zu haben, daß die deutsche Arbeiterklasse mit ihrer lebhaften Anteilnahme dabei ist. Ueber alle Massen überrastet waren wir darüber, daß der Gutachtenband, den der Parteivorstand zum Programm herausgegeben hat, in zwei Monaten vier Auflagen erlebt hat und die fünfte Auflage unter die Presse gekommen ist.

Ein Parteiprogramm ist die Festlegung des Willens einer Klasse für das, was werden soll. Ueber die Notwendigkeit eines neuen Parteiprogramms sind wir uns deshalb im klaren, trotz aller Einwendungen, die auch ich zu machen haben werde, weil wir zu der Ueberzeugung gelangen mußten, daß das Erfurter Programm nicht mehr den Anforderungen zu genügen vermag, die die deutsche Arbeiterklasse an ein neues Programm zu stellen hat. Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft wie unter den Völkern ist grundföhrlich verschoben. Wir können kein Programm haben, in dem als Zukunftsforderungen das steht, was durch die Macht der Arbeiterklasse schon zur Tatsache geworden ist. Wir wollen uns ein Programm schaffen, unter dessen Forderungen nach den Strömungen und Wirrungen unserer Tage das gesamte Proletariat Deutschlands wieder vereinigt werden kann. Wir wollen eine Fahne aufrichten für den einzigen geschlossenen Willen der Arbeiterklasse. (Bravo!) Wir fühlen uns nicht nur als Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sondern als Flaggenträger für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. In diesem stolzeften Sinne wollen wir Klassenpartei sein, indem wir alles zusammenzufassen bestrebt sind, was mit Kopf und Hand für Deutschland und die Welt schafft. So klar es ist, daß wir zu einem Programm gelangen müssen, so deutlich türmen sich gewaltige Schwierigkeiten dieser Arbeit entgegen. Jeder Tag bringt uns neue Schwierigkeiten. Gestern lernten wir aus der Debatte, in der die Gegenföhrlichkeit, die — wenn auch durchaus nicht genügend — in den Namen Bissell und Schmidt zum Ausdruck kommt, wie unsicher, wie unklar die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind, wie unmöglich die Richtungslinien zu ziehen sind für das, was Deutschland künftig sein wird. Gerade unsere Partei, die weiß, daß sich vor allem aus wirtschaftlichen Voraussetzungen politische Gestaltungen ergeben, die wirtschaftliche Ziele haben, wird nur ein Programm aufstellen können, das auf der Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen beruhen soll. Wir müssen sagen, daß aus diesen speziell marxistischen Erwägungen für unsere Partei die Schöpfung eines Programms außerordentlich schwierig sein wird. Wir wollen nichts von unseren letzten Hoffnungen und Wünschen aufgeben, aber doch in den Entwicklungstendenzen fußend unser Programm aufbauen. Hierfür ist die wichtigste Voraussetzung, diese Entwicklungsrichtung unserer Wirklichkeit zu erkennen. Das vermag heute der Mensch nicht. Wir wissen, daß wir in einer zwangsläufigen Wirtschaft leben, die durch den Versailles Frieden-

vertrag wesentlich bedingt wird. Ununterbrochen werden uns Bedingungen unseres wirtschaftlichen Sollens von außen auferlegt, die wir ertragen und erdulden müssen. Aber welche dieser Bedingungen und wann sie eintreten, können wir leider nicht beurteilen, weil es nicht in unserer Hand liegt, das zu bestimmen. Wir wissen auch, daß sich die ganze Arbeiterbewegung, daß sich auch unsere Partei in einer tiefen Krise befindet, daß mannigfache Strömungen herrschen, die nicht leicht auf eine gemeinsame Linie zu bringen sind. Schwierigkeiten und Hemmungen sind mit der Schöpfung eines Programms verknüpft.

Es liegt Ihnen auch eine Resolution vor, die verlangt, daß bis zum 1. Juli nächsten Jahres das Programm vorgelegt werden muß. Ich habe sie selbst eingebracht, um den Weg und das Ziel unserer Arbeit klarzustellen. Ich bin mir aber durchaus bewußt, daß wir vielleicht nicht zum Ziel kommen können, weil die Schwierigkeiten, die unserem guten Willen entgegenstehen, nicht zu überwinden sein werden.

Neben diesen allgemeinen Schwierigkeiten ergeben sich aus dem reinen Problem der Programmbildung besondere Hemmungen. Als wir 1890 das Programm bildeten, waren wir eine Partei, die eben die Fesseln des Sozialistengesetzes abgeworfen hatte, die einem Umsturz- und Zuchthausgeißel entgegengingen; wir waren eine Partei, die Wilhelm mit seinem Erlaß vom 4. Februar noch föhbern zu können meinte, das war zu einer Zeit, als man noch glaubte, daß Kaiser und Demokratie, wie Pastor Naumann sagte, zu einer höheren Einheit zu vereinen waren. Jetzt sind wir aus einem Objekt der Gesetzgebung zu ihrem Subjekt geworden. Dadurch ist unsere Aufgabe noch schwerer geworden.

Wir konnten uns im Jahre 1891 auf kurze prägnante Forderungen beschränken, weil wir bloß allgemeine Grundföhrte aufzustellen hatten, welche weder im Reich noch im Lande, noch in den Kommunen für uns im Bereich des Durchföhrbaren lagen. Heute sind wir eine Partei, die in zahlreichen Gemeinden die Mehrheit hat, die stärkste Partei im Reichsparlament, eine überaus starke Partei in allen Landesparlamenten. Dadurch ist unsere Verantwortlichkeit unverhältnismäßig größer geworden. Wir haben auch noch ganz andere gewachsene Schwierigkeiten. Als wir das erste Programm machten, gab es auch schon unabhängige, aber unabhängige innerhalb unserer Organisation, während wir jetzt proletarische Parteien außerhalb unserer Organisation haben. Die Ausgangspunkte der Kritik sind andere geworden.

Wir können uns heute nicht mit ganz kurzen Programmföhrten über die Jugendhepflege, Schule, Militarismus mehr begnügen, es nicht mehr so leicht auf zwei ganz kleine Oktavseiten zusammenzudrücken. Wir müssen ein ganz neues Programm für die einzelnen politischen Gebiete machen. Es genügt nicht mehr, z. B. ein Kommunalprogramm zu machen, weil wir nicht für die Stadt Berlin und den Ort Pösemudel das gleiche Programm haben können, wir müssen verschiedene Kommunalprogramme bilden. Wir müssen das Gesamtparteiprogramm entlasten durch Spezialprogramme. Dadurch es ermöglichen und einen klaren gemeinsamen Ausdruck in engem Raum für das zu finden, was wir wollen. Das Programm darf kein Buch werden, es muß aber seine Ergänzung finden, in einer ganzen Anzahl von Nebenprogrammen. Aber ich bin weit entfernt davon, daß wir nur Programme und kein Programm machen.

Wenn wir Programme machen für die Frauen, Agrar-, Gesundheits-, Schul-, Kommunalfragen, müssen wir daneben auch ein gemeinsames Programm geben, das alle diese Programme bindet und zusammenfaßt und mit ihnen nicht im Widerspruch stehen darf. Wir dürfen kein Schulprogramm machen, das die

Schulmeister, Eltern und Schulkinder allein interessiert und die Sozialdemokratie als Gesamtheit nicht. Wir müssen ein gemeinsames festes Programm schaffen, das gestützt wird durch eine Reihe von Nebenprogrammen. Daraus ergeben sich für uns eine große Anzahl von Aufgaben, die wir nicht in einem Jahre bewältigen können, da uns die geistigen Kräfte dazu nicht zur Verfügung stehen. Das soll kein Bekenntnis zu der Armut an Geist in unserer Partei sein! Wir haben so viele Aufgaben in der Politik, Organisation und Agitation, wir haben in so mannigfacher Weise für das Wohl der Arbeiterklasse zu wirken, daß wir keine Menschen haben, die ihre Tätigkeit auf die Programmarbeit allein oder auch nur in besonders starkem Maße konzentrieren können. Schrittweise werden wir vorgehen müssen, nach und nach diese Programme auszuarbeiten haben.

Den Einwand, daß wir um deswillen heute kein Programm schaffen können, weil wir in absehbarer Zeit wieder in die Regierung einzutreten haben werden, und weil dieses Programm rote Ketten für unsere künftigen Reichsanzler und Minister bilden würde, kann ich nicht gelten lassen. Wir machen hier nicht die Programmklärung der künftigen deutschen Regierung, sondern wir machen ganz ohne jede Rücksicht auf diese Tätigkeit unser Parteiprogramm, für das die sozialdemokratische Arbeiterklasse eintreten soll, ausgehend von den tatsächlichen Verhältnissen, von den Hoffnungen dessen, was sie erstrebt. Wir sind in absehbarer Zeit, vor allem nach dem traurigen Zusammenbruch der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, nicht in der Lage, eine rein sozialdemokratische Regierung zu bilden, jede Regierung, an der wir mitwirken, wird in absehbarer Zeit eine Koalitionsregierung sein, in der wir bemüht sein werden, soviel Macht zu haben, als irgend denkbar ist.

Deshalb wird dieses Programm ohne Rücksicht auf die Erklärung eines künftigen sozialdemokratischen Reichsanzlers gemacht werden, wie der Parteitag und die deutsche Arbeiterklasse es will und nicht, wie es dem kommenden Reichsanzler angepaßt ist. (Sehr richtig!) Der kommende Reichsanzler aber wird mit den anderen Parteien eine programmatische Erklärung der Reichsregierung auszuarbeiten haben, dabei sich auf dieses Programm berufen und möglichst viel von diesen Forderungen in seine Erklärung hineinzuzwingen haben. In diesem Sinne wird das Programm auch für die künftigen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, auch für die Gestaltung der deutschen Politik von praktischer Bedeutung sein. Wir wollen also durchaus nicht im luftleeren Raum stehen. Wir wollen uns aber auch in gar keiner Weise lediglich von praktischen Rücksichten auf die Staatsmänner bestimmen lassen. Wir wissen, daß wir eine Reihe von allgemeinen Grundsätzen aufstellen werden, die auch jeder sozialdemokratische Minister ganz unbedingt anerkennen wird.

Wir haben in unserem Parteiprogramm mit den historischen Voraussetzungen zu rechnen. Wir müssen die wirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus und die Triebkräfte und Hemmungen der Arbeiterbewegung klar zum Ausdruck bringen, ebenso unseren allgemeinen Friedenswillen, den Widerstand gegen jede Abenteuer- und Revanchepolitik. Wir müssen aber auch mit aller Deutlichkeit die Grenzlinien gegen die anderen Parteien ziehen.

Den größten Schwierigkeiten werden wir doch begegnen, wo wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen haben. Wenn im Erfurter Programm im Geiste von Karl Marx die wirtschaftliche Entwicklung vorgezeichnet ist und die Notwendigkeit, aus ihr zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, erklärt ist, so war das damals durchaus richtig. Aber heute sind wir leider nicht in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung mit dieser Klarheit zu übersehen. Wohl sehen wir einzelne Riesengewinne der kapitalistischen Gesellschaft. Aber

die Genossen sollen sich hieraus nicht zu Verallgemeinerungen verleiten lassen. Die deutsche Wirtschaft ist nicht so reich, wie es nach den Ueberschüssen einzelner industrieller Unternehmungen mit ihren großen Konjunkturgewinnen erscheint. Wenn Sie nach Ihrer Heimat zurückfahren, können Sie die Schornsteine zählen, aus denen kein Rauch aufsteigt. Sie werden erkennen über die Statistik, die sich Ihnen darbietet. Eine Unmasse industrieller Betriebe ist stillgelegt. Die heutigen Kapitalgewinne können auch nicht mit denen vor einem Jahrzehnt verglichen werden. Die Reichsmark von heute ist eine Zwergmark gegen die Mark vor zehn Jahren. Damals bestand das Kapital der Unternehmungen in festem Gold, heute besteht es in schwankendem Papier. Man überschätze auch nicht die Vorteile des Kapitalismus und lasse sich von agitatorischen Ausnutzungen der Zahlen der Handelszeitungen nicht verleiten, größere Profite des Kapitals vortauschen zu lassen, als sie tatsächlich bestehen. Alles ist heute ins Schwanken geraten, auch die Vergleichbarkeit, die die Voraussetzung der Statistik ist. Nicht nur die Reichsmark, auch Fabrikgebäude, Maschinen und dergleichen haben einen anderen Wert, als man vielfach annimmt. Ein Fabrikgebäude, das nicht benutzt werden kann, Maschinen, die in der Konstruktion veralten, sinken ebenso im Werte wie die Papiermark.

Überschätzen Sie auch nicht die Gewinne der Landwirtschaft. Ihnen steht die ungeheure Verteuerung aller Werkzeuge und Industrieerzeugnisse gegenüber, die das Land braucht. Die Lebenshaltung des kleinen Landwirts ist gewaltig gestiegen. Vor allem aber ist aus der intensiven Landwirtschaft eine extensive geworden. Die scheinbar sich aufblähenden Gewinne der Landwirtschaft zeigen unter einem höheren wirtschaftlichen Gesichtspunkt den vollständigen Niedergang unserer Wirtschaft. Wir müssen befürchten, aus einem intensiven Industriestaat immer mehr zu einem extensiven Agrarstaat zu werden.

Wir wissen auch, wie glänzend unsere Stellung in der Weltwirtschaft vor dem Kriege war. Diese Stellung ist vollständig verändert. Wir sind nicht mehr das Land, das halb Europa mit Zucker versorgte, das Unmassen von Textilwaren nach Afrika lieferte, das in vielen chemischen Produkten, in Porzellan- und Glaswaren eine Monopolstellung hatte. Wir führen nichts mehr aus, wir müssen ungeheure Mengen einführen. Wir haben kein Stück Zucker für den Kaffee, führen keinen Zucker mehr aus, und doch haben wir früher nach England soviel Zucker geliefert, daß man dort die Schweine mit deutschem Zucker gemästet hat.

Hieraus sehen Sie die gewaltige Kompliziertheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und die Schwierigkeit, daraus zu einem Programm zu gelangen. Aber lassen Sie sich nicht zu einem Pessimismus verleiten. Unsere Staats- und Privatwirtschaft geht vielfach einem Bankrott entgegen, die tiefsten Erschütterungen stehen Europa bevor, und doch haben wir keinen Untergang des Abendlandes zu befürchten. Deutschlands höchst gewerteter Produktionsfaktor, auch wenn sein Kapital gewaltigen Schaden erleidet, ist die durch Jahrhunderte entwickelte Qualifiziertheit der Arbeitskraft, die auf dem europäischen Kontinent keine andere große Volkswirtschaft aufweisen kann. (Sehr richtig!) Die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse wird uns erhalten, sie wird ein neues Deutschland schaffen. Zur Hoffnungslosigkeit haben wir keinen Anlaß. Aus dem zerrütteten und wirtschaftlich niedergebeugten Deutschland, das von Engländern und Franzosen aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet werden sollte, werden wir doch wieder ein mustergültiges Wirtschaftsgebiet für die ganze Welt schaffen. Wir wissen, daß dieses Deutschland eine ganz andere Wirtschaft haben muß, daß die deutsche Arbeiterklasse, die uns aus all dem Elend herausheben soll, unter ganz anderen industriellen und allgemein wirtschaftlichen Voraussetzungen zu wirken haben wird, als es bisher gewesen ist. Als Sklaven der

Großindustrie, der Handelsherren und der Bankmächte wird Deutschland nicht gesunden, sondern nur dann, wenn die deutsche Arbeiterkraft auch die Herrschaftsgewalt über die deutsche Wirtschaft bekommt. Diese Gedanken müssen in unserem Programm klar zum Ausdruck kommen.

Als die Väter des Erfurter Programms an die Arbeit gingen, stellten sie ein Programm für eine Partei der Industriearbeiter auf. Heute sind wir weit hinausgewachsen über diesen engen Kreis. Heute sind wir zu einer Partei geworden, die auch Angestellte und Beamte umfaßt, die sich auf Industrie, Handel, Landwirtschaft, Schifffahrt usw. erstreckt. Wir sind eine Partei der Kapfearbeiter und Handarbeiter jeder Art. In diesem Saal sehen wir Arbeiter vom Universitätsprofessor bis zum ungelerten Arbeiter. Entsprechend dieser Zusammenfassung müssen wir auch unser künftiges Programm gestalten. Dabei dürfen wir aber niemals den Mutterboden unserer Partei vergessen. Wir sind aus einer Partei der Industriearbeiter hervorgegangen, auch heute noch bilden die Industriearbeiter den Kern und die große Mehrzahl unserer Mitglieder.

Wir werden uns durch irgendwelche Liebhabereien für einzelne Gruppen von Angestellten, Beamten usw. in der Partei nicht verteilten lassen dürfen, in dem Programme darf kein einziges Wort den Interessen der Industriearbeiterschaft widersprechen. Das ist für uns das historisch Gewordene und eine Lebensfrage für unser künftiges Werden.

Wiesach ist gewünscht worden, daß wir uns nur auf ein Aktionsprogramm beschränken, es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß unsere Arbeit lediglich ein Aktionsprogramm zeitigen wird. Ich bitte aber dringend, uns keine Fesseln anzulegen. Wir wollen unserer Aufgabe in möglichst hohem Maße genügen. Die künftige Programmkommission soll sich die größten Ziele setzen und nur dann Beschränkungen auferlegen, wenn sie erkennt, daß diese Ziele nicht zu erreichen sind.

Ein ebenso jugendlicher wie übereifriger Parteigenosse hat mir gegenüber mit großer Zähigkeit die Meinung vertreten, daß wir unbedingt bis morgen Mittag ein Aktionsprogramm fertigstellen müssen. Dieser Wunsch ist nicht zu erfüllen, wenn wir uns nicht zu oberflächlicher und unüberlegter Arbeit zwingen. Die Arbeit muß mit aller Gründlichkeit unter der Voraussetzung weitestgehender Diskussion in allen Parteizeitungen und in zahlreichen Versammlungen durchgeführt werden. Alle Kräfte der Partei müssen zu erstester Mitarbeit herangezogen werden. Die Aufgabe der zu wählenden Programmkommission ist nicht leicht. Nichts wäre peinlicher, als wenn die Kommission den Ernst ihrer Aufgabe nicht vollkommen erfaßte.

Wir werden auch stark mit Nebenprogrammen zu rechnen haben. Wir hoffen, daß die Richtlinien für unsere agrarische Agitation Ihren Beifall finden werden. Ich halte es für gut, ein Programm mit den spezifischen Forderungen der Industriearbeiterschaft vielleicht in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auszuarbeiten und dem nächsten Parteitag vorzulegen. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß einzelne Gruppen der Parteigenossen, z. B. die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, den Versuch macht, ein sozialistisches Schulprogramm auszuarbeiten, wobei ich aber die Lehrer bitte, keine pädagogische Enzyklopädie zu schreiben. Das Programm soll kein Programm für die Lehrer sein, sondern innerhalb der Arbeiterklasse verbreitet werden. Die Spezialprogramme müssen in steter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Grundforderungen ausgearbeitet werden. Wir dürfen z. B. nicht spezifische Schulprogramme machen, die den Schulmeistern und vielleicht den Eltern gefallen; die Landesprogramme müssen in der ganzen Entwicklung zum Sozialismus fest wurzeln. Deswegen bitte ich die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, die Ausarbeitung eines Schul-

programmes nicht isoliert, sondern unter Heranziehung von anderen Parteigenossen vorzunehmen.

Die Arbeit, die wir zu leisten haben, wird Bedeutung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus haben. Wir werden die einzige sozialdemokratische Partei sein, die nach dem Kriege und nach der Revolution ein neues sozialdemokratisches Programm aufstellt. Das Bedürfnis nach einem neuen Programm besteht aber bei allen sozialdemokratischen Parteien. Wir werden bei Aufstellung des Programms nicht nur die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft, Löhne, Arbeitszeit, Kinderchutz und ähnliches berücksichtigen müssen, sondern auch die ganze Stellung des Arbeiters in Handel, Industrie, Verkehr usw. Die ganze veränderte Position der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Werden muß mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung treten. Auch diese Arbeit wird für die Bruderparteien im Auslande von größter Bedeutung sein.

Wir werden nicht nur mit aller Sorgsamkeit nach den wirtschaftlichen Zuständen und nach den wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen zu fragen haben, wir müssen auch von Realitäten ausgehen, wenn wir für die deutsche Arbeiterklasse ein Programm ausarbeiten wollen. Vor allen Dingen müssen wir von der Betrachtung des Versailler Friedens ausgehen. Wir müssen in Gemeinschaft mit den anderen sozialistischen Parteien zu einer Forderung des Friedensvertrages kommen, wie es in dem ausgezeichneten Beschluß des Internationalen Kongresses zu Genf zum Ausdruck gebracht ist. Wir dürfen das Programm nicht mit der Blindheit der U. S. P., der R. P. D., der A. A. P. D., der Syndikalisten usw. machen, das auf Täuschung der Arbeiter hinausläuft und unerfüllbare Hoffnungen enthält. Das Programm darf nicht von der Erkenntnis des Möglichen absehen, muß die wirtschaftlichen Zustände und die politischen Schwierigkeiten unseres Landes berücksichtigen. Mit Generalstreiks, Terrorismus und Handgranaten gestaltet man eine Geweßschaft nicht um. Mit ihnen gewöhnt man am ehesten diejenigen, die man in Furcht setzen will, an die Gefahren, die gar nicht so schrecklich sind, wie die Gläubigen an die heilige Handgranate meinen.

Wir werden deshalb die Bedeutung des Versailler Friedens in unserm Programm deutlich betonen müssen. Dadurch werden wir auch zu etwas gelangen, was im Erfurter Programm vollständig vernachlässigt ist, nämlich zur Betrachtung der auswärtigen Politik. Wir werden die Stellung zum Völkerbund zu berücksichtigen haben; wir werden sagen müssen, welchen Völkerbund die Arbeiterklasse aller Länder und damit auch Deutschlands in dem Programm zu fordern hat. Wir werden die Demokratisierung des Völkerbundes, die sofortige Aufnahme Deutschlands und Oesterreichs in den Völkerbund und die Stärkung des Völkerbundes sowie seine Ueberhoheit über das politische und wirtschaftliche Werden der einzelnen Länder zum Ausdruck bringen müssen. Der Völkerbund soll die produktiven Kräfte fördern, er soll das Geldwesen internationalisieren, die Finanznöte ausgleichen, er soll über den Schiffsraum im Interesse aller Völker verfügen, er soll die Konkurrenzverhältnisse ausgleichen und die völlige Gleichstellung aller Nationen ermöglichen auch im Interesse der Nationen, die heute dank ihres Sieges eine Monopolstellung einnehmen und zugrunde gehen werden, wenn die Staaten sich nicht entwickeln können, die die Vorrangstellung der Sieger nicht besitzen.

Wir werden unser Programm mit Klugheit und Vorsicht aufstellen müssen. Wir müssen uns vor Illusionen hüten. Wir wollen die Arbeiter zur Kritik dessen erziehen, was phantastisch und undurchführbar ist.

Wir wollen weiter von der Reichsverfassung ausgehen. Den politischen Rechtszustand, der durch die Reichsverfassung geschaffen ist, wollen wir anerkennen. Wir wollen aber auch die Protokolle des Verfassungsausschusses

erleichtern, um daraus zu zeigen, daß wir vieles besser gewollt haben. Wir werden uns unserer internationalen Stellung auch darin bemüht sein, daß wir unsere Beziehungen zu andern Völkern mit voller Klarheit zum Ausdruck bringen. Das können wir aber nur tun, wenn wir einer gewissen Solidarität mit den anderen sozialistischen Parteien sicher sind.

In der inneren Politik wollen wir die Stellung des Reiches stärken und das Streben der Landeshöfheiten nach partikularistischen Rechten bekämpfen. An Stelle der aus dynastischer Interessenpolitik erwachsenen Zusammensetzung der Länder wollen wir aus dem ganz sich wieder entwickelnden Partikularismus nach einem Regionalismus streben, der zusammenfaßt, was wirtschaftlich und nach Stammeseigentümlichkeit zusammengehört. (Sehr gut!) Wir werden alle Reichsinstitutionen, die wir von den Ländern übernommen haben, möglichst auszubauen suchen und für die Bevölkerung sympathisch zu gestalten haben. Bei Steuern ist das allerdings nicht leicht, da sie bei der großen Masse des Volkes nicht sympathisch aufgenommen werden. Bei der Post, dem Verkehrsweisen und in der Ausgestaltung der Briefmarken und Münzen haben wir eine Reihe Möglichkeiten, das Reich allen sympathisch zu gestalten, die zunächst fester am Lande als am Reich hängen.

Wir werden uns hüten müssen, religiöse Engherzigkeit in das Programm hineinzunehmen. Das ist ein Gebiet, das außerhalb des Wesens der Politik liegt. Wir wollen keine Einmischung der Kirche in unsere sozialistische Entwicklung, wir wollen uns aber auch nicht einmengen in das, was Sagensache des einzelnen ist; alle diese Versuche sind bisher immer gescheitert. Wir wollen in unserer Stellung zur Kirche und Religion auf dem Boden der realen Tatsachen bleiben. Bei aller Betonung des internationalen Notwendigen wollen wir uns freihalten von jedem Fanatismus für das Ausland, von jeder Unterschätzung des eigenen Volkes. Bei aller Klarheit darüber, daß Männern und Frauen die gleichen Rechte zu sichern sind, wollen wir doch nicht übersehen, daß für die Frauen besondere Voraussetzungen gegeben sind, als Mütter, als Träger der Sittlichkeit, als Sicherer der Familiengemeinschaft. Diese besonderen Interessen der Frauen werden wir in unserem Programm zum Ausdruck bringen müssen.

Wir werden uns hüten, eine absolute Egalisierung von Mann und Weib zu verlangen, wenn wir auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau, von Arbeiter und Arbeiterin, von Jüngling und Mädchen, von Staatsbürger und Staatsbürgerin fordern. Es ist uns klar, daß in Erziehung, Gesundheitspflege, Arbeitsrecht, Schule der Frau eine besondere Berücksichtigung zu sichern ist. Ich glaube, wir werden zu einem besonderen Frauenprogramm als Stützpunkt unseres Gesamtprogramms kommen müssen. (Bravo!)

Wenn wir von der Frauenfrage sprechen, so ist nur ein kleiner Schritt bis zur Wohnungsfrage. Gerade die Frau leidet oft sehr unter der fürchterlichen Wohnungsnot. Ueber die Wohnungsfrage werden wir ja zwei bedeutungsvolle Referate zu hören bekommen. Ich werde auf die speziellen Fragen, die Fragen der Gesundheitspflege, die Frage der unerhörten Verwüstungen, die durch Krieg, durch Syphilis und andere Geschlechtskrankheiten, durch die Vermehrung der Tuberkulose, durch Nierenkrankheiten usw. hervorgerufen worden sind, hier nicht eingehen. Auch hier werden wir zu einem Spezialprogramm kommen, weil wir die Aufgaben, die uns gestellt sind, in unser Gesamtprogramm nicht bringen können. Das gleiche gilt von den Fragen der Sozialpolitik im weitesten Sinne. Die ganze Stellung des Arbeiters im Betriebe, die bedeutsamen Probleme des Arbeiterlohnes, der Arbeiterversicherung, der Arbeitslosigkeit werden in ein besonderes Programm hineingearbeitet werden müssen, das natürlich wieder aufs engste mit dem Gesamtprogramm, mit dem Frauen-

programm, mit dem Wohnungsprogramm und allen übrigen Programmen verknüpft sein wird.

Auch auf dem Gebiete der Steuerfragen werden wir dafür zu sorgen haben, wie das auch bereits in einer Resolution zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die hohen Vermögen und Einkommen noch stärker unter Entlastung der kleinen Lohn- und Gehaltseinkommen steuerlich erfaßt werden.

Wichtiger als alles wird die Ueberführung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in einen sozialisierten Betrieb sein. Wir werden Sozialisierung und Kommunalisierung, Vorkaufs- und Expropriationsrecht des Reiches und der Staaten mit aller Schärfe zu betonen haben. Wir werden den Ausbau und die Sicherung der Demokratie in den Vordergrund der politischen Prinzipien unseres Parteiprogramms zu stellen haben.

Ich möchte Ihnen aber auch sagen, wie wir uns dieses Programm schaffen wollen. Die Resolution Nr. 381, die meinen Namen trägt, legt Ihnen das klar. Wir wollen eine möglichst kleine Körperschaft haben, die dem künftigen Parteitag gegenüber die Verantwortung für alle Arbeiten trägt, die den Zentralpunkt der ganzen Programmarbeiten bilden soll und die möglichst weite Kreise der Partei zur Mitarbeit heranziehen soll. Wir beabsichtigen, eine Programmkommission von sieben Personen vorzuschlagen, die sich sofort auf diesem Parteitag konstituiert und die noch auf diesem Parteitag einen größeren Kreis von Parteigenossen zur Mitarbeit einzuladen hat, um womöglich noch in diesem Monat eine große Generaldebatte über die Möglichkeiten der Programmbildung, über die Bildung von Unterkommissionen usw. vorzunehmen. Wir wollen für diese Kommission das Recht der Kooptation haben, sowohl für die gesamte Arbeit, wie für einzelne Fragen. Wir wollen endlich daran denken, auch Sachverständige im weitesten Sinne des Wortes vorzuladen, damit sie bei den Formulierungen im einzelnen mitwirken können. Die große Kommission soll beim Abschluß der Arbeiten wieder zusammentreten und die Gesamtarbeit begutachten. Ich stelle mir vor, daß ähnlich wie bei der Schaffung der baherischen Verfassung die ganze Arbeit zur stilistischen Uebearbeitung Sachverständigen vorgelegt wird, damit auch in sprachlicher Form das Beste geleistet wird; denn ein sprachlich schönes Programm wirkt natürlich am allerbesten.

Lassen Sie mich dann auch die Namen derjenigen nennen, die wir im Parteiausschuß und im Parteivorstand für die Programmkommission vorgesehen haben. Es ist eigentlich nicht meines Amtes, es wäre vielleicht besser, wenn aus dem Parteitag heraus Vorschläge gemacht werden. Aber da wir im Parteiausschuß und im Parteivorstand diese Liste aufgestellt haben, ist es meiner Meinung nach klüger, sie so zu lassen und so zu begründen, wie sie dort begründet worden ist. Wir gingen von dem Gesichtspunkte aus, daß diese Kommission vor allen Dingen eine Zusammenfassung der Kopf- und Handarbeiter sein müsse, daß aus der Zusammensetzung der Kommission nicht irgendwelche falschen Schlüsse gezogen werden dürfen über das, was in das Programm hineinkommen soll. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Mann wie Eduard Bernstein nach seinen theoretischen Kenntnissen und nach seiner ganzen bisherigen Arbeit in diese Kommission hineingehört. Trotzdem haben wir dagegen gestimmt, Bernstein in diese Kommission hineinzuwählen. Wir hoffen aber auf seine Mitarbeit nach jeder Richtung hin. In die Siebenerkommission wollten wir ihn nicht wählen; denn unter seinen verschiedenen geschichtlichen Verdiensten innerhalb der Arbeiterbewegung ist das eine, daß er der Vater des Revisionismus ist. Wenn wir also unter sieben Leuten Eduard Bernstein haben, so werden die anderen sechs einfach hinter seinem Namen verschwinden, man wird sagen, wir wollten ein Programm des Revisionismus machen, was uns nicht einfällt. Man hat dagegen eingewandt,

daß Bernstein die radikale Note vertritt. Er ist ja eben erst aus der U. S. V. zu uns gekommen. Aber Eduard Bernstein war in der U. S. V. aus pazifistischen Beweggründen, nicht aus den Beweggründen, die bei der Programmbildung in Betracht kommen. Wir haben andererseits gesagt, daß der leitende Redakteur der „Neuen Zeit“, der Genosse Cunow, unbedingt in der Kommission sein muß. Der Parteivorstand war ferner der Meinung, daß ich, der ich die bisherige Vorarbeit geleitet habe, in die Kommission kommen soll. Damit hätten wir zwei Intellektuelle, die vor allem auf Grund ihrer ökonomischen Bildung, auf Grund ihrer ökonomischen Kenntnisse und Arbeiten in die Kommission hineingekommen sind. Deswegen waren wir der Ueberzeugung, daß der dritte Intellektuelle kein Mann der Ökonomie sein soll, sondern ein Mann, der dem staatlichen Wesen, dem staatlichen Werden, der staatlichen Konstruktion Interesse widmet. Daher haben wir den Genossen Gradnauer, der über die deutsche Verfassung Tüchtiges publiziert hat und gründlich diese Verhältnisse studiert hat, für die Kommission empfohlen. Wir waren dann der Meinung, daß auch eine Frau unbedingt in der Kommission sein muß und haben die Genossin Pfälf als die geeignete Vertreterin der spezifisch weiblichen Interessen auf Grund ihrer ganzen Tätigkeit, namentlich in der Nationalversammlung und im Reichstag für die Kommission gewünscht, weil wir der Ueberzeugung waren, daß sie die Zusammenhänge der weiblichen Interessen mit den allgemein menschlichen und sozialistischen Interessen klar erkannt hat. Wir haben weiter die Freude, in dem Genossen Wolfenbühler Ihnen einen Mann vorzuschlagen zu können, der bei der Bildung des Programms von 1875, das uns allen so teuer ist, weil es den Namen des Einigungsprogramms der deutschen Sozialdemokratie trägt und bei der Bildung des Programms von 1891 mitgewirkt hat. Wir wünschen ihn in der Kommission, damit die innige Verbindung des Programmwerkes mit der Vergangenheit in die Erscheinung tritt. Ferner haben wir den Genossen Hermann Müller-Potsdam, einen leider als solchen viel zu wenig geschätzten Historiker der deutschen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, also auch einen Mann, der die Tradition vertritt, in die Kommission entsenden wollen. Ich kann Ihnen allen das kleine Schriftchen empfehlen, das Hermann Müller aus Anlaß dieses Parteitages über die bisherigen Programmierungen geschrieben hat, das allein schon, ganz abgesehen von der ausgezeichneten Geschichte der Lithographen und Steindrucker, deren erster Teil eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist, ihn für die Wahl in diese Kommission legitimiert. Endlich haben wir als dritten aus der Arbeiterklasse stammenden Mann an den Genossen Reil gedacht, der ein alter Parlamentarier ist und die Steuerfragen und wirtschaftlichen Probleme beherrscht. Obwohl ich sehr wohl weiß, daß innerhalb und außerhalb dieses Saales noch sehr viele sind, die in diese Programmkommission hineingehörten, möchte ich Sie doch bitten, die Kommission nicht weiter zu vergrößern. Wir versichern Ihnen, daß so viele Parteigenossen, als nur irgendwie angezeigt ist, zu den Arbeiten der Kommission herangezogen werden. Wir werden wahrscheinlich die Möglichkeit haben, schon morgen oder übermorgen die Namen in der Parteipresse zu nennen. Wir müssen alles daran setzen, die Arbeiten der Programmkommission auch tatsächlich auszuführen. Wenn ich auch nicht ein formales Versprechen abzugeben berechtigt bin, so kann ich doch erklären, daß wir alles daran setzen wollen, daß unsere Arbeiten das Ergebnis zeitigen, was überhaupt aus ihnen erwachsen kann. Wir wollen ein Programm schaffen, das unsere ganze Arbeiterbewegung beflügelt, das zeigt, was wir wollen, das aber auch dann, soweit es möglich ist, Feind und Freund zeigt, daß wir mit aller Kraft für die volle Demokratisierung Deutschlands, für die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, für

die sozialistische Lehre zu Nutzen und Frommen derer, die der Gesellschaft gegenüber durch geistige und körperliche Arbeit ihre Pflicht erfüllen, eintreten. Möge diesem Wirken der Partei voller und glänzender Erfolg gesichert sein! (Lebhafter Beifall.)

Als Berichterstatter zu Punkt 6b:

#### Richtlinien für die Agrarpolitik

erhält dann das Wort:

**Georg Schmidt:** Seit langer Zeit war man in der Partei bestrebt, zu einer Klärung über die agrarischen Probleme zu kommen. Jedoch jedem Genossen, der sich mit dieser Frage beschäftigte, kam bald die Erkenntnis, wie unendlich schwierig die Fragen der Agrarpolitik sind. Es ist ein beliebtes Mittel, besonders unjener Gegner aus dem bürgerlichen Lager, daran Kritik zu üben, daß die Sozialdemokratie zu einer klaren Erkenntnis in den Agrarfragen noch nicht gekommen sei. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß auch innerhalb der bürgerlichen Kreise, ganz besonders der Agrarwissenschaftler, heute noch ein lebhafter Streit darüber besteht, wie sich die Entwicklung in der Landwirtschaft gestaltet, so daß man also auch hier zu einer Klärung noch nicht gekommen ist. Wenn wir auf dem Breslauer Parteitag und auf die Bestrebungen kurz vor dem Kriege zurückblicken, so sehen wir, daß auch in dieser Frage die Sozialdemokratie allein versucht hat, bahnbrechend zu wirken, um die richtigen Ziele zu erforschen, die wir in der Agrarpolitik einzuschlagen haben. Die Gegner sind allzu leicht zum Spott bereit; aber wir können sie mit Recht fragen, was sie in dieser Sache geleistet haben.

Die vom Parteivorstand eingesetzte Agrarkommission ist auch nicht so vermessend, nun zu behaupten, daß die von ihr vorgeschlagenen Richtlinien ein Agrarprogramm darstellen. Wir legen Wert auf die Bezeichnung „Richtlinien für die Agrarpolitik“. Ganz besonders auf dem Gebiete der Agrarpolitik muß gesagt werden, es ist nicht notwendig, alles in starren Programmpunkten festzulegen. Gilt dieser Standpunkt heute fast allgemein, so noch vielmehr für das Thema, was ich im Auftrage der Agrarkommission zu behandeln habe.

Die sozialdemokratische Partei hatte in der Vergangenheit ihren hauptsächlichsten Anhang unter der industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft. Ganz naturgemäß waren die Forderungen und die Taktik der Partei auch im Hinblick auf die Verhältnisse in der Industrie und dem Gewerbe orientiert. Trotzdem steht fest, daß schon lange vor dem Kriege und ganz besonders bei den Wahlen nach dem Kriege die Partei einen erheblichen Anhang unter der Landbevölkerung feststellen konnte.

Die große Not des Volkes bezüglich der Ernährung, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen hervorgerufen ist, zwang die Bevölkerung, sich mehr mit den agrarischen Fragen zu beschäftigen. Es wird heute jовiel geredet und geschrieben über eine Verständigung zwischen Stadt und Land. Leider muß konstatiert werden, daß schon lange vor dem Kriege und ganz besonders bei den Gegenteilen, durch eine einseitige Agitation, besonders des Bundes der Landwirte, der Landbünde und gleichartiger Organisationen wird nur an den egoismus der Landbevölkerung appelliert. Dadurch wird der Gegensatz zwischen Stadt und Land noch mehr hervorgerufen.

Darum ist ausdrücklich in den einleitenden Sätzen der Richtlinien gesagt, daß wir der Land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung eine auskömmliche und gesicherte Existenz schaffen wollen, um eine ausreichende und gesunde Ernährung des ganzen Volkes unter erträglichen Bedingungen sicherzustellen. Wenn ferner gleich-

zeitig an den guten Willen der in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft wirkenden Bevölkerung appelliert wird, so ist hiermit gesagt, daß dort, wo der gute Wille vorhanden und in die Praxis umgesetzt wird, wir nicht daran denken, mit Zwangsmahnahmen einzugreifen. Die organisierte Arbeiterschaft wird alle Bestrebungen fördern, die darauf hinauslaufen, die Ernährung des Volkes sicherzustellen, und um dies zu erfüllen, muß in erster Linie alles getan werden, was die landwirtschaftliche Produktion steigern kann.

Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren. Wir handeln mit dieser Forderung getreu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei. Wenn dabei vorläufig nur an die dafür reifen Betriebe gedacht wird, so entspricht dies auch den Prinzipien, die wir seit jeher vertreten haben. Darüber besteht heute wohl kein Streit mehr, daß die ökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft sich nicht mit der Schnelligkeit vollzogen hat, als dies in der Industrie der Fall ist. Soweit Sozialdemokraten zu dieser Frage Stellung genommen haben, wurde immer betont, daß die Sozialisierung der Landwirtschaft wohl erst in letzter Linie in ihrem vollen Umfange eintreten wird. Wo aber heute schon in einzelnen Betrieben die Vorbedingungen für die Gemeinwirtschaft erfüllt sind, haben wir keinen Anlaß, darauf zu verzichten. Da gesagt ist, daß die übrigen Besitzverhältnisse nicht zu stören sind, ist damit ausgesprochen, daß ganz besonders der kleine Besitzer von dem Geschrei der Gegner, die Sozialdemokraten wollten alles enteignen, sich nicht verblüffen lassen soll. Es gibt weite Gebiete in der Landwirtschaft, wo je nach den Verhältnissen, unter denen gewirtschaftet werden kann, an der gegenwärtigen Betriebsweise nichts geändert wird. Immer natürlich vorausgesetzt, daß der Besitz von Grund und Boden dazu verpflichtet, die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens im Dienste der Allgemeinheit zu vollziehen, wie es im Artikel 155 der Reichsverfassung ausgesprochen worden ist.

In einer Schrift „Die Sozialisierung“ von Genossen Adolf Braun, die kurz nach der Revolution erschienen ist, wird zu diesem Kapitel folgendes gesagt:

„Aus all unseren Ausführungen über die Sozialisierung geht klar hervor, daß niemals an eine gleichzeitige und an eine unterschiedslose Sozialisierung gedacht wurde. Ebenso suchten wir deutlich zu machen, daß die Sozialisierung nur vorgenommen werden kann bei genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen jedes einzelnen Betriebes und unter der Feststellung, daß die Sozialisierung zum gesellschaftlichen Vorteil gereichen, somit wirtschaftlich ersprießlich sein wird. Daß der landwirtschaftliche Betrieb in seiner bäuerlichen Form auf lange absehbare Zeit nicht bergesellschaftlich werden soll, ist durchaus klar. Kein einziger sozialdemokratischer Theoretiker hat den bäuerlichen Besitz mit den Fabriken wirtschaftlich gleichgestellt.“

In ähnlicher Form hat sich auch Rautsky im Februar 1919 in seinen Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm bezüglich der Landwirtschaft ausgesprochen. Wenn wir die Stellung der Partei zur Agrarfrage überblicken, so ist festzustellen, daß von diesen Grundsätzen ausgehend die Frage immer behandelt wurde. Wenn aber irgendwo von einer Enteignung gesprochen wurde, so geschah dies immer nur mit dem Endziel, das Land in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen.

Es muß auch hier wiederum betont werden, daß die Ueberführung des Grund und Bodens in den Staatsbesitz die Verstaatlichung, nicht schon Sozialisierung ist. Wenn man von Sozialisierung spricht, dann handelt es sich nicht nur um Verstaatlichung, sondern auch um die sozialistische Betriebsweise. Man hört von denen, die derartig wichtige volkswirtschaftliche Probleme so leichtsin behandelt, die in den Gutbetrieben tätigen Landarbeiter könnten die genossenschaftliche Bewirtschaftung der Güter heute schon übernehmen. Ich begreife, daß ein großer Teil der Landarbeiterschaft heute schon geistig dafür reif ist, daß dabei auch die volkswirtschaftlichen Grundzüge beachtet werden. Anstatt einem Unternehmer einer Vielzahl von Unternehmern die Produktion im Betriebe zu übertragen, liegt nur dann ein Anlaß vor, wenn ein Vorteil für die Allgemeinheit erzielt wird. Sonst führt dies auch zum Betriebsegoismus in der Landwirtschaft, der gar zu leicht zu einer ungerechten Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte führt. Damit die Entwicklung in der Landwirtschaft nicht diesen Verlauf nimmt, ist es unsere vornehmste Aufgabe, die Bauern und ganz besonders die Landarbeiterschaft geistig und sittlich so zu erziehen, damit sie späterhin diese wichtige Mission erfüllen können.

Die Frage der Betriebsgröße, ob Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion von größerer Bedeutung ist, ist abschließend unter uns und auch unter den Agrarwissenschaftlern noch nicht geklärt. Daher sagen wir, daß diese Frage nur beurteilt werden kann unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit, des Klimas und der Möglichkeiten von Bodenbehandlung und Bodenbearbeitung. Als wichtig möchte ich dabei noch hinzufügen, daß auch die Verhältnisse hier wesentlich mitsprechen. Auch noch andere Verhältnisse sind maßgebend zur Beurteilung, ob in dieser oder jener Gegend der Groß-, Mittel- oder Kleinbetrieb diejenige Produktionsform ist, bei der der größtmögliche Ertrag aus dem Boden herausgeholt werden kann. Bei der Frage der Betriebsgröße haben wir nicht nur daran zu denken, neue Kleinbetriebe zu schaffen, sondern wesentlich ist auch, schon bestehende Kleinbetriebe so mit Boden auszustatten, daß der Betriebsinhaber auch tatsächlich eine Existenz hat.

Es herrscht ein großer Streit darüber, ob der Groß- oder Kleinbetrieb für die Volksernährung am meisten geleistet hat. Es würde zu weit führen, die Für- und Gegenbeweise hier anzugeben. Das eine muß aber beachtet werden, wenn man die Leistungen der Betriebe vergleichen will, daß man nur solche Betriebe von verschiedener Größe in Vergleich stellen darf, die in bezug auf die natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse den gleichen Voraussetzungen und Erzeugungsbedingungen unterliegen. Ganz besonders ist bei der Beurteilung dieser Frage zu beachten, ob diese Betriebe auch mit dem nötigen Betriebskapital in gleicher Weise, je nach Bedarf, ausgestattet waren. Ferner ist zu berücksichtigen, daß alle Beispiele, die herangezogen werden, sich doch nur auf die privatkapitalistische Betriebsweise in der Landwirtschaft stützen können. Trotz des Vermögens der Besitzer wird in vielen landwirtschaftlichen Betrieben das vorhandene Betriebskapital nicht angewandt, weil die Inhaber der Betriebe es nicht für notwendig halten, intensiv zu wirtschaften.

Das beste Beispiel dafür haben wir heute. In den Genossenschaften, Sparkassen und Banken des platten Landes ist Geld im Überfluß. Trotzdem wird dieses Kapital in der Regel nicht zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verwandt, weil der Privatbesitzer fürchtet, daß dieses Kapital sich

nicht sofort reichlich genug verzinst, oder daß gar zugesetzt werden muß. Praktisch liegen die Verhältnisse doch so, daß während und nach dem Kriege in der Landwirtschaft ein Raubbau betrieben wurde. Die großen Leberhüße haben die Landwirte zum Teil gern eingenommen. Diese wieder in den Boden hineinzustechen, fällt ihnen nicht ein, weil sie als Privataktualisten immer mit dem Profit rechnen. Damit will ich ausdrücken, daß wir die Schäden des Krieges bald einholen würden, wenn nicht vom privatkapitalistischen Standpunkte aus gewirtschaftet würde. Ich habe mit diesen Ausführungen schon etwas vorgegriffen, weil ich betonen wollte, daß die Frage des angewandten Betriebskapitals auch bei der Beurteilung der Frage, ob Groß-, Klein- oder Mittelbetrieb den meisten Ertrag abwirft, eine große Rolle spielt.

Meiner Ansicht nach haben wir bei Beurteilung der Betriebsgröße uns von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Wer den bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt, wird natürlich dahin kommen, möglichst viele Kleinbetriebe einzurichten. Ich neige dazu, daß der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt ausschlaggebend ist. Das von Idealisten so oft geschilderte Bild der vielköpfigen ländlichen Familie kann ich nicht als ein Ideal ansehen. Als Sozialdemokraten haben wir allen Anlaß, daran zu denken, daß, wenn wir die Köpfe revolutionieren wollen, dann die Menschen entsprechend zu bilden sind. Diese notwendige Erziehung und Bildung des Nachwuchses ist meiner Ansicht nach nicht möglich, wenn neben der Arbeit im Betriebe auch die hauswirtschaftliche Tätigkeit alle Kräfte in Anspruch nimmt. Ich brauche dieses Bild allen denen, die in die Lebensverhältnisse der Landarbeiter- und Kleinbauernfamilien Einblick haben, nicht weiter auszumalen. Sozialistischer Grundsatz ist doch, unter Ausnutzung aller technischen Fortschritte und wissenschaftlichen Erkenntnisse die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft möglichst zu schonen und trotzdem eine Steigerung der Produktion zu erzielen.

Die Voraussetzungen für die Durchführung der sozialistischen Grundsätze sind meiner Ansicht nach auch in der Landwirtschaft hauptsächlich in größeren Betrieben gegeben. Im allgemeinen ist aber die Betriebsfrage von folgenden Gesichtspunkten aus zu beurteilen: Nicht Berücksichtigung des Großgrundbesitzes auf jeden Fall darf unsere Lösung sein, sondern Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb sind dort zu erhalten und zu fördern, wo die natürliche Grundlage für eine der drei hauptsächlichsten Betriebsgrößen gegeben ist. Wir sollten es unterlassen, die Frage der Betriebsgröße wieder einmal prinzipiell zu entscheiden. Wenn wir uns von den vorstehenden Richtlinien leiten lassen, dürften wir überall im Lande dafür Verständnis finden.

Abschließend zu diesem Kapitel will ich noch das Urteil eines Konservativen Mannes anführen. Professor W a c h a u s - Berlin, der sich neben theoretischen Erkenntnissen auf eine dreißigjährige landwirtschaftliche Erfahrung in Deutschland und Amerika beruft, sagt in der Broschüre „Agrarreform“, die Anfangs 1919 herausgegeben wurde, folgendes:

Ebenso nachteilig, wie die Anhäufung von Grund und Boden in einzelnen Händen bei geringer Arbeiterzahl, ist die zu weitgehende Zerstückelung. Sie führt zu umselbständigen Betrieben, welche sich mangels Nebenbeschäftigung nicht erhalten und namentlich eine moderne Landwirtschaft nicht durchführen können. Die Zerstückelung des Grundbesitzes, die Gemengelage und die Wingigkeit der ganzen Verhältnisse führen zu einer Arbeitsverschwendung. d. h. es wird sehr viel Arbeitskraft auf unnötige Weise, z. B. auf Wege, vergeudet. Die geringste Arbeitsteilung ist unmöglich. Männer, Frauen und

Kinder verrichten viele Arbeiten, die für sie nicht passen. Moderne Hilfsmittel, insbesondere Maschinen, Geräte und Hilfsstoffe, die eine gewisse Größe der Durchführung und besondere Einsicht erfordern, kommen nicht zur Anwendung. Daraus ergibt sich aber, wie sehr die Hauptmasse der Landwirtschaft noch verbesserungsbedürftig ist. Gerade unter den deutschen Großbetrieben befinden sich ganz hervorragende Landwirtschaften. Aber dann kommen auch wieder Güter vor, die sich in einem jämmerlichen Zustande befinden, besonders, wenn Güterpfeulanten ihr Wesen treiben, Landgüter zu kaufen, um durch Preissteigerung und durch einige äußere Ausschmückungen ohne wesentliche Erhöhung des Ertragswertes mühelos einen Gewinn zu erzielen. Mit Recht verlangt man von dem Arzt, den man das wertvollste Gut der Nation, Leben und Gesundheit des Volkes, anvertraut, Studium und Approbation, während der Landwirt, der das zweitwertigste Gut, den Grund und Boden verwaltert, in großem Umlange ohne den Nachweis irgendwelcher Fachkenntnis und Befähigung, sein Gewerbe betreiben kann. Viele Großgüter befinden sich im Besitz von Nichtlandwirten oder von Personen, die ihren Wohnsitz nicht auf ihrem Eigentum nehmen, ohne daß für Vertreter mit entsprechenden Kenntnissen gesorgt ist. Bei landwirtschaftlichen Kleinbetrieben ist genügend Erfahrung und handwerksmäßige Routine meist vorhanden. Aber es fehlt im großen und ganzen an der nötigen Bildung zur Leitung des modernen Landwirtschaftsbetriebes. Hier werden naturwissenschaftliche Kenntnisse von den komplizierten Gesetzen der Pflanzen- und Tierernährung, der chemischen und physikalischen Vorgänge bei der Bodenbearbeitung, dem Pflanzenbau und der Verarbeitung der Erzeugnisse, Kenntnisse der vielen vorhandenen botanischen, zoologischen und mineralischen Erzeugnisse beansprucht. Aber auch die volkswirtschaftlichen Gesetze, kaufmännischer Ueberblick und die Erfahrung sowie die schwierigen, technischen Errungenschaften der Neuzeit werden gefordert. Die Anwendung des Kunstdüngers, der neuesten Maschinen, die Sortenwahl, die Hochzucht, die richtige Verwertung der Produkte erfordern soviel theoretische Kenntnisse, daß im allgemeinen der kleinbäuerliche Landwirt diese Gebiete nicht beherrschen kann.

Wir fordern ferner, daß Reich, Staat und Gemeinde alles zu erfüllen haben, was die Produktivität und einen intensiven Betrieb in der Landwirtschaft herbeiführt. In diesen knappen Sätzen ist sehr viel enthalten. Ich will nur die Frage der Beschaffung des künstlichen Düngers herausgreifen. Die Abschürfung Deutschlands während des Krieges hat es dahin gebracht, daß wir bezüglich der Stickstoffbelieferung vom Auslande vollkommen unabhängig geworden sind. Heute liegt es aber leider so, daß der Landwirtschaft der Stickstoff zu Kreieren offeriert wird, die die Rentabilität ganz besonders im Hinblick auf den Rückgang der Ernteerträge sehr in Frage stellen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß die künstlichen Düngerfabriken und deren Vereinigungen hohe Dividenden ausschütten. (Sehr richtig!) Wir haben nicht bei der Sozialisierung der Kohle Halt zu machen, sondern wir müssen auch daran denken, recht bald dazu überzugehen, die Düngerfabriken zu sozialisieren, damit auch diese von gemeinwirtschaftlichen Grundfäden aus betrieben werden. (Sehr richtig!)

Zu einem intensiven Betrieb in der Landwirtschaft gehört aber auch die Beschaffung der dafür geeigneten technisch vollkommenen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, ferner die Verwendung von erstklassigem Saatgut, die Züchtung von je nach Klima geeigneten Viehrassen, die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten, die Belehrung der Landwirte, in welcher Form zu düngen ist usw. Das alles sind Fragen, die man dem einzelnen Landwirt zur Entscheidung nicht ohne weiteres überlassen darf. Diejenigen Landwirte, die

alles erfüllen, um aus dem Boden das herauszuholen, was nach wissenschaftlicher Erkenntnis möglich ist, bei denen wird eine Beaufsichtigung ihrer Betriebe nicht notwendig sein. Dort aber, wo dies nicht erfüllt wird, muß ein Beaufsichtigungsrecht des Staates ausgeübt werden (Sehr richtig!), wobei es ohne einen Zwang, um die von allgemein volkswirtschaftlichen Grundfragen notwendigen Maßnahmen zur Durchführung zu bringen, nicht abgehen wird. Daß diese Beaufsichtigung ausgeübt wird von theoretisch und praktisch gebildeten Personen, ist selbstverständlich. Man wird uns damit kommen, daß dadurch wieder neue Beamten geschaffen werden. Wir denken nicht an eine Bürokratisierung des platten Landes, sondern Praktiker sollen hier mitwirken, den größtmöglichen Ertrag aus dem deutschen Boden herauszuholen. Für jeden Kenner ist es doch eine offenkundige Tatsache, daß in derselben Gegend, wo unter den gleichen Verhältnissen zu wirtschaften ist, in dem einen Betrieb vorbildlich gewirtschaftet wird und hohe Erträge erzielt werden, während der nebenan liegende Betrieb viel geringere Erträge aufweist, ja wo man oftmals von einer direkten Lotterwirtschaft reden kann. (Sehr richtig!)

Darum ist in unseren Richtlinien gesagt, daß Nichtbearbeitung, unwirtschaftliche Verwertung und Raubbau des Bodens die Enteignung nach sich zieht. Wenn wir die gegenwärtigen Verhältnisse betrachten, so sehen wir überall, daß die Zwangswirtschaft im allgemeinen gescheitert ist, weil der Staat von Anfang an nicht die Machtmittel angewendet hat, die allein einen Erfolg versprochen hätten. Hätten wir ein wirksames Enteignungsrecht gehabt, dessen Bestimmungen auch in den einzelnen Fällen angewendet worden wären, dann wäre die Zwangswirtschaft nicht so zusammengebrochen, wie sie tatsächlich zusammengebrochen ist. (Sehr richtig!) Daher haben wir mit aller Entschiedenheit den Grundbesitz zu vertreten, daß diejenigen Grundbesitzer, ob groß oder klein, die den Grund und Boden nicht so bewirtschaften, wie es notwendig ist, damit zu rechnen haben, daß ihr Betrieb enteignet wird. (Sehr richtig!) Alle Ermahnungen und gutes Zureden haben meiner Ansicht nach nicht viel Zweck. Darin ist in den letzten Jahren wahrlich genug geleistet worden. Es muß eine Drohung dahinter stehen, die aber auch zur Ausführung kommt. Dabei gilt der Grundsatz, daß Konjunkturgewinne bei der Enteignung nicht mitbezahlt werden, sondern nur der jeweilige Ertragswert in Anwendung kommen darf. Es heißt im Artikel 153 der Reichsverfassung:

„Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offenzuhalten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen.“

Es ist also durch die Reichsverfassung die Möglichkeit gegeben, ein Gesetz zu machen gegen die Landwirte, die extensiv wirtschaften. Wir glauben die Zustimmung weiter Volkstriebe zu haben, daß es eine unserer nächsten Aufgaben ist, bei der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß ein wirksames Enteignungsgesetz ganz besonders gegenüber den Grundbesitzern, die ihre Pflicht dem Staate gegenüber nicht erfüllen, geschaffen wird. Wohl wissen wir, daß bei dem traurigen Stand der Finanzen des Reiches dies Forderungen sind, die sich nicht so schnell erfüllen lassen. Trotzdem müssen wir diesen Grundsatz vertreten, und wo sich dazu Gelegenheit bietet, auch durchführen.

Von einem gesetzigten Grundbesitz oder der „ererbten Scholle“ kann man nicht reden. Es ist erwiesen, daß durchschnittlich alle 15 Jahre Land- und forst-

wirtschaftlich genutzte Flächen ihren Besitzer wechseln. Der große Einfluß dieses Besitzwechsels auf die Steigerung der Grundrente und damit zusammenhängend auf die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist allgemein bekannt. Ich frage mich bei diesen Angaben, daß durchschnittlich alle 15 Jahre aller landwirtschaftlicher Besitz wechselt, auf eine Arbeit des Professors Dade in dem Werke „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft“. Man sehe sich nur die Inzerate der landwirtschaftlichen Presse an, wo man leicht feststellen kann, wie umfangreich der Güterhandel ist. (Sehr gut!) Darum verlangen wir, daß als erste Maßnahme die Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz zu unterbinden ist. Der freie Handel mit land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz kann nicht weiter bestehen bleiben.

Ueber die Siedlungspolitik will ich mich nur kurz äußern. Das Reichsiedlungsgesetz stellt ja das deutsche Volk vor derartig große Aufgaben, daß man mit Recht von einer vollkommenen Neugestaltung der Agrarverhältnisse in Deutschland sprechen kann. Im Reichsiedlungsgesetz finden wir leider im wesentlichen nur allgemeine Sätze. Es kommt auf die Ausführungen an und hier liegt das Schwergewicht in den Ländern. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen es schon von selbst mit sich, daß dieses weitgesteckte Programm in absehbarer Zeit nicht so erfüllt werden kann. Nach meiner Erfahrung besteht auch bei der Landarbeiterschaft vorläufig nicht so das Verlangen, sich in einem eigenen Heim anzusiedeln. Grund dafür ist die noch bestehende Abhängigkeit vom Gutsbesitzer. Der Landarbeiter überlegt nämlich, ob in der Umgebung reichlich genug Arbeitsgelegenheit ist. Er wird sich nicht ansiedeln, wenn er nur zwei bis drei Gutsbesitzer in der Umgebung hat, bei denen er Arbeit finden kann. Wenn es gelingt, in der Umgebung der Städte und in Industriegebieten Siedlungen anzulegen, dann ist schon ein großes Werk erfüllt. Im übrigen muß wohl auch ausgesprochen werden, daß unser Grundsatz nicht ist, eine wohllose Zerstückelung der landwirtschaftlichen Großbetriebe zu befürworten, sondern daß auch bei der Forderung der Ansiedlung die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte zu beachten sind, wie schon vorher gesagt ist. Meiner Meinung nach ist im Reichsiedlungsgesetz ein Fehler, weil das Land dem Großgrundbesitz genommen wird und dem kleinen Besitzer zu Eigentum gegeben wird. Da ist der sozialistische Grundsatz nicht richtig gewahrt. (Sehr richtig!) Es war seither doch unser Standpunkt, das vornehmste Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz zu überführen. Man hätte den Weg der Erbpacht wählen sollen. Wir haben allen Anlaß, darauf zu achten, daß dem Volke keine Verprechungen gemacht werden, die auf absehbare Zeit nicht erfüllt werden können und mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar sind. Wir müssen es schon den Liberalen überlassen, den Grundsatz zu vertreten: Bauerngut an Bauerngut von Königsberg bis zum Bodensee. (Sehr richtig!)

Für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ferner sehr wichtig der Ausbau des landwirtschaftlichen Schulwesens, ganz besonders der Fortbildungs- und Fachschulen. Was auf diesem Gebiete noch getan werden kann, das besagt vielleicht am besten eine Schilderung des gegenwärtigen Standes des landwirtschaftlichen Fachschulwesens in Preußen von Dr. Best in der „Neuen Zeit“, Heft 17/18, 1920, wo u. a. folgendes gesagt ist:

„Die niederen landwirtschaftlichen Fachschulen dienen in der Hauptsache der Ausbildung der künftigen Leiter von bäuerlichen Betrieben. In Preußen bestehen neben 11 Ackerbauhochschulen mit drei- bis viersemestrigem Lehrgang und teilweise auch praktischer Ausbildung 247 Winterschulen mit zweijährigem Lehrgang, insgesamt also 258 niedere landwirtschaftliche Fachschulen bei 302 189 Betrieben von über 10 bis 100 Hektar, also eine Schule auf

1526 Betriebe. Es fehlen etwa noch 120 Schulen, um erreichen zu können, daß annähernd alle Leiter von Betrieben zwischen 10 bis 100 Hektar eine solche Schule besuchen können. Im letzten Friedensjahr (1913) besuchten 10811 Schüler die damals vorhandenen 251 Schulen, also entfiel ein Schüler auf 36 Betriebe von 10 bis 100 Hektar."

Im wilhelminischen Zeitalter ist also für die Bildung der bäuerlichen Bevölkerung sehr wenig geleistet worden. Heute dagegen verlangt man bei unserer trostlosen Finanzlage, daß alle diese Kulturaufgaben erfüllt werden.

Daß die Verkehrsverhältnisse zu verbessern sind, bedarf wohl keiner besonderen Betonung, wie ebenso die Sicherung der Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Licht, Kraft und Wasser. Seit jeher war die Sozialdemokratie für jeden technischen Fortschritt und wird auch hier für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und die Versorgung der Landwirtschaft mit allen technischen Fortschritten eintreten. Bei dieser Gelegenheit darf auch daran erinnert werden, wie viel unter dem wilhelminischen Zeitalter in dieser Beziehung versäumt wurde. Man sehe sich nur die Kleinbahnen an, wie dabei in der Regel jeder Gutshof mit einer Haltestelle direkt am Fußhof beglückt wurde, während die Bewohner der Bauerndörfer weite Wege zurückzulegen haben, um zur nächsten Station zu kommen. Ich erinnere zum Beispiel nur an das Gut Dahme in der Mark, wo Dr. Nöckle den Bahnhof bei seinem Gutshof hat und ebenso ist es bei dem Gute des Freiherrn von Wangenheim in Pommern der Fall. Beide sind seit langem Führer des Bundes der Landwirte. (Sehr richtig!) Diese Interessenwirtschaft der großagrarischen Kreise zu durchkreuzen und Verkehrs- und Kraftanlagen zugunsten der gesamten ländlichen Bevölkerung auszubauen, wird die Aufgabe der Sozialdemokratie sein.

Die Sozialdemokratie wird auch alles unterstützen, was zur Bodenverbesserung beiträgt. Bei der Umlageung der Grundstücke, der sogenannten Flurbereinigung, wird es unvermeidlich sein, in die Besitzverhältnisse der einzelnen eingzugreifen. Wir müssen uns bei der Erörterung dieser und anderer Fragen darauf gefaßt machen, daß die Liebe zur Scholle den einzelnen oft dahin bringen wird, gegen Maßnahmen zu kämpfen, die in seinem eigenen Interesse liegen. In einzelnen Gemeinden, leider noch viel zu wenig, wurde die Zusammenlegung der verstreut liegenden Grundstücke schon vollzogen. Nachdem die Besitzer nun eingesehen haben, daß die Bewirtschaftung zusammenhängender Flächen viel zweckmäßiger ist als in der Gemengelage, haben sie sich bald mit den neuen Verhältnissen befreundet. So werden wir bei Durchführung der in den Richtlinien festgelegten Forderungen sehr oft auf Widerstand in den landwirtschaftlichen Kreisen stoßen. Ueberlieferung und Festhalten an alten Arbeitsgewohnheiten ist ein charakteristischer Zug der ländlichen Bevölkerung. Es wird ihr manche Verbesserung aufgebrängt werden müssen. Was in der Praxis und wissenschaftlich erprobt und bewährt ist, muß durchgeführt werden, weil nur dadurch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich ist. Agitatorische Gesichtspunkte haben meiner Ansicht nach zurückzutreten, wenn volkswirtschaftlich notwendige Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Stellt sich die Sozialdemokratie auf den Standpunkt, der Landwirtschaft zu geben, was unbedingt erforderlich ist, dann werden und müssen sich die Landwirte auch gefallen lassen, daß ihnen nicht ohne weiteres zugebilligt werden kann, mit dem wertvollsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, frei schalten und walten zu dürfen. Wohl ist zu beachten, daß die Landwirtschaft ein Gewerbe ist, das in hohem

Maße individuell zu betreiben ist und wo vieles von der persönlichen Entscheidungsfähigkeit und dem Verantwortlichkeitsgefühl des Unternehmers abhängt. Aber es gibt viele Landwirte, bei denen die Voraussetzung nicht zutrifft, daß sie mit dem Gute, das ihnen anvertraut ist, so wirtschaften, wie es das Wohl des gesamten Volkes erfordert. Darum werden sich diese Landwirte auch einen Eingriff in ihre Betriebsweise gefallen lassen müssen.

Ich will hier bei diesem wichtigen Kapitel noch Vorschläge von praktischen Landwirten anführen, die politisch nicht zu uns gehören. Zuerst Bachhaus in der schon genannten Broschüre „Agrarreform“. Dieser stellte folgende allgemeine Grundsätze auf:

„Der Landmann hängt an seiner Scholle, ist mißtrauisch gegen Neuerungen, besitzt starkes Freiheitsgefühl und betrachtet Eingriffe der Behörden in seinen Wirkungskreis mit großem Widerstreben. Die gestreute Lage der Landwirtschaftsbetriebe erschwert die Kontrolle behördlicher Maßnahmen, Umgebungen können deshalb fest stattfinden. Eine passive Resistenz ist sehr leicht möglich. Alles dies führt zu einem Rückgange der Erträge, was besonders in heutiger Zeit vermieden werden muß. Auf dem Wege der Ueberzeugung von der Notwendigkeit gewisser Umänderung und durch freiwillige Durchführung derselben wird man deshalb im großen und ganzen bei der Agrarreform besser fahren. Ein gewisser Zwang ist jedoch für die notwendige Umgestaltung nicht zu entbehren. Die Enteignung des Landes gegen Entschädigung unter gewissen Vorbedingungen in schonender Form ist ein wesentliches Hilfsmittel. Die Existenz solcher Bestimmungen wird in den meisten Fällen eine freiwillige Regelung ermöglichen. Ich habe bei der Einrichtung von Mustergehöften und Ansiedlungen in Südamerika in leitender Stellung die Erfahrung machen müssen, daß selbst in einem jungfräulichen Lande, sobald nicht staatliche Ländereien zur Verfügung standen und Privatbesitz, wenn auch vielfach nur zur Abnutzung, herangezogen werden mußte, ein freihändiger Erwerb die größten Schwierigkeiten bot. Nachdem ein Gesetz das Recht der Enteignung für den Staat anordnete, gelang es fast ausschließlich, sie zu enteignen. Nur in ganz einzelnen Fällen wurde die Enteignung mit der gesetzlich vorgesehenen Abschätzung usw. vorgenommen. Um eine bessere Besitzverteilung herbeizuführen, insbesondere die innere Kolonisation zu ermöglichen und gleichzeitig die Bodennutzung wie den Bodenertrag zu verbessern, würde, falls auf etw. andere Weise nicht Abhilfe möglich ist, ein diebezügliches Gesetz die Enteignung von Privatgrundbesitz vorsehen können, wenn eine zu große Anhäufung von Landbesitz in privater Hand stattfindet, wenn eine schlechte Bewirtschaftung des Landes stattfindet, wenn insbesondere jehabte Arbeiter mangeln und wenn die Gefahr der Devastierung des Landes sowie der Gebäude und des Inventars vorliegt. Ein derartiges Gesetz ist rechtlich und volkswirtschaftlich wohl zu vertreten, weil der Grundbesitz gewisse Verpflichtungen nach sich zieht, und weil die für das Allgemeinwohl wertvollsten Kräfte nur gefördert und nicht benachteiligt werden.“

So sagt Bachhaus und ich glaube, wir können uns diesen Grundsätzen anschließen. Und Dr. Wüffelberg sagt in der 1919 erschienenen Schrift: „Die Landwirtschaft im neuen Deutschland“ über planmäßige, unter Umständen obligatorische Wirtschaftsberatung folgendes:

„Zur planmäßigen Wirtschaftsberatung im größeren Umfang ging die Ritterchaftsdirektion der Provinz Brandenburg über, als um die letzte Jahr-

hunderttende für eine Reihe großer Güter die Verzinsung der Landwirtschafts-Hypotheken in Frage gestellt war. Schon im ersten Jahre brachten die meisten Betriebe statt der Verluste hohe Gewinne. Die Vorteile der Wirtschaftsbearbeitung bestehen in der Verbreitung von Erfahrungen, der Erhöhung des Wirkungsgrades eines organisatorisch veranlagten Leiters, und zwar dadurch daß ihm möglichst viele Betriebe unterstellt werden. Auch ist ein Zentralsinstitut am ehesten in der Lage, spezialistisch ausgebildete Fachleute für die Nebenaufgaben heranzuziehen. Sehr oft ist der eine Landwirt mehr oder weniger nur Viehzüchter, der andere versteht von Viehwirtschaft nichts. Die Leiter abgelegener Wirtschaften werden in Zukunft daran denken müssen, durch den Ausbau von Nebengewerben ihre Erzeugnisse zu konservieren und dadurch marktfähiger zu machen. Ein einzelner ist fast ausnahmslos einseitig, wenn er auch auf mehreren Gebieten gute Kenntnisse und Erfahrungen besitzt; er wird sich, entweder aus Unkenntnis oder aus Mangel an Neigung schwer dazu verstehen, Wirtschaftszweige zu entwickeln, die ihm weniger liegen, oder Kulturen anzulegen, für die der erfahrene Fachmann mit Sicherheit große Gewinne voraussagen kann und die unter Umständen die Wirtschaft vor dem Untergange bewahren. Auf demselben Boden und unter demselben Klima, oft unmittelbar nebeneinander, blühen Musterbetriebe und gehen rückständige Wirtschaften zugrunde. Täglich ergeben sich in der Landwirtschaft neue Lehren; der Krieg drängt vielfach zur Wirtschaftsumstellung, von der Uebergangszeit ist ähnliches zu erwarten und doch fehlt es noch vollständig an dem planmäßigen Austausch der Erfahrungen und an der Verallgemeinerung von guten Wirtschaftsmethoden, die an einzelnen Stellen erprobt wurden. Jeder Betrieb beginnt sozusagen von vorn mit dem Sammeln seiner Erkenntnisse und muß entsprechend Lehrgeld dafür bezahlen. Oberster Grundsatz jeder Organisation muß die Sammlung und Zusammenfassung von Erfahrungen und ihre Verbreitung, sowie die Kontrolle durch Spezialisten von der Zentralstelle aus sein. Nicht einzelne Wirtschaftsberater können die Aufgaben neuerzeitlicher Wirtschaftsführung an vollkommensten erfüllen, sondern nur Wirtschaftsberatungsinstitute, denen eine Reihe von Mitarbeitern zur Verfügung stehen."

In meiner Schrift „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ habe ich Auszüge aus einem Vortrage in dem Werke „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft“ wiedergegeben, die von dem Vorsitzenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrates von Braun stammen und auch einen Eingriff in die landwirtschaftliche Betriebsweise befürworten, so wie es hier schon gesagt ist. Ich führe dies an auch als Abwehr gegenüber unseren Gegnern, die immer behaupten, nur die Sozialdemokratie sei dafür, von der Zwangswirtschaft das Gute zu behalten.

Es ist noch zu unterstreichen, daß bei Durchführung aller Maßnahmen Landeskulturstellen einzurichten sind und daß die Maßnahmen nur unter Hingabe und Mitberatung aller landwirtschaftlichen Organisationen und Vertretungen zu erfolgen habe. Daß hierbei der Artikel 165 der Verfassung zu beachten ist, und bei Beratung dieser so überaus wichtigen berufswirtschaftlichen Fragen die Landarbeiter paritätisch vertreten sein müßten, ist selbstverständlich.

Bezüglich der Forsten haben wir uns grundsätzlich für die Verstaatlichung der größeren zusammenhängenden Waldflächen zu erklären. Es ist vielleicht interessant, einen kurzen Ueberblick über Besitzverteilung der Forsten zu geben.

Im Jahre 1900 wurden im Deutschen Reich folgende Forstflächen festgelegt:

Kronenforsten	257 302 ha
Staatsforsten	4 430 090 „
Staatsanteilforsten	29 793 „
Gemeindeforsten	2 258 090 „
Stiftungsforsten	211 015 „
Genossenschaftsforsten	306 214 „
Privatforsten	6 503 365 „ (Hörtl Hörtl)
zusammen	13 995 869 ha

Beachten Sie bitte die erheblichen Anteile der Privatforsten.

An diesen Besitzverhältnissen wird sich, abgesehen von den sogenannten Kronenforsten, nicht viel geändert haben. Es bleibt das Ziel, die Ueberführung der größeren Forstflächen in Staatsbesitz. Notwendig ist aber, daß die Bewirtschaftung aller Wälder unter Staatsaufsicht gestellt wird. Auch darauf ist zu achten, daß Boden, der zum landwirtschaftlichen Betriebe geeignet ist, nicht aufgeforschet wird. (Sehr richtig!) Andererseits haben wir aber allen Anlaß, daß dort aufgeforschet wird, wo der geeignete Waldboden vorhanden ist. (Sehr richtig!)

Ferner ist in den Richtlinien die genossenschaftliche Organisation und die Ausschaltung des Zwischenhandels behandelt. Der Zwischenhandel hat sich ganz besonders auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels durch die dadurch verursachte erhebliche Verteuerung sein Urteil selbst gesprochen. Es steht fest, daß bei der Ueberführung der landwirtschaftlichen Produkte vom Erzeuger bis zum letzten Konsumenten eine erhebliche Verteuerung stattfindet. Alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Erfassung und den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte unter Ausschaltung des Zwischenhandels durch Verbindung der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaften der werktätigen Bevölkerung zu fördern, werden von der Sozialdemokratie unterstützt. Ein Zusammenarbeiten der uns nahegehenden Konsumvereine und der Großeinlaufs-gesellschaft mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist zu begrüßen. Aber ebenso wichtig ist die betriebsgenossenschaftliche Organisation in der Landwirtschaft. Die Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten kann ganz besonders für die Kleinbetriebe am zweckmäßigsten durch die Genossenschaften erfolgen. Ebenso steht es mit dem Absatz der Produkte durch Koopereigenossenschaften, Biehwertungsgenossenschaften usw.

Wir stellen ferner auch eine Reihe von sozialen Forderungen auf, die für Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftliche Arbeiter gelten sollen. Man redet heute soviel von der Ueberführung von Arbeitskräften auf das Land. Durch den Zusammenschluß der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in ihrer gewerkschaftlichen Organisation haben diese ein besseres Einkommen erzielt. Dadurch wird mit der Zeit der Unterschied zwischen den Lohnverhältnissen städtischer Industrieller und land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter beseitigt. Was aber das Haupthindernis der Abwanderung nach dem Lande ist, das sind die leider noch so zahlreichen schlechten Wohnungsverhältnisse auf dem Lande. Obwohl auch in den Städten und Industriebezirken schlechte Wohnungsverhältnisse bestehen, ist es doch für jeden denkenden Menschen erklärlich, daß ein Arbeiter, der an städtische Wohnungen mit ihren verschiednerlei Vorteilen gewöhnt ist, diese nicht so leicht mit einer Landarbeiterwohnung vertauschen wird. In dieser Hinsicht Ordnung zu schaffen, ist vor allen Dingen eine Aufgabe der Grundbesitzer auf dem Lande.

Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß auch jetzt, wo das Bauen so kostspielig ist, trotzdem mit verhältnismäßig geringen Mitteln sich Vieles bessern läßt, wenn bei dem Besizer nur der gute Wille dazu vorhanden wäre. Die Tatsache, daß diejenigen Besizer, die gute Wohnungsverhältnisse haben, auch nicht über Arbeitsmangel zu klagen haben, besagt genug. Auf den Einwand der Gegner, wir wollten Wohnungen auf dem Lande haben, die, wie man immer spöttisch sagt, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet sind, eingezogen, erübrigt sich. Es kommt aber noch ein anderes hinzu, was den städtischen Arbeiter nicht so leicht veranlaßt, nach dem Lande abzuwandern. Das sind die Gelegenheiten zur Bildung und Unterhaltung, die auf dem Lande in der Regel nicht vorhanden sind. Hier einzugreifen und alle Bestrebungen zu fördern, die darauf hinauslaufen, den Aufenthalt auf dem Lande annehmlich zu gestalten, wird Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Bestrebungen von Organisationen, die in dieser Hinsicht wirken, haben wir zu unterstützen.

Bezüglich der Pächter ist ein weitgehender Pächterschutz vor übermäßiger Ausbeutung durch die Verpächter unbedingt erforderlich. Die geradezu willkürliche Steigerung der Pachten durch die Verpächter bringt viele Pächter oder solche Kleinbesitzer und Arbeiter, die sich noch Land zapachten müssen, an den Rand des Ruins. Es ist unbedingt erforderlich, daß schon in allernächster Zeit die sozialdemokratische Partei bei der Gesetzgebung dahin zu wirken hat, dieser rigorosen Behandlung entgegenzutreten. Das gleiche gilt aber auch gegenüber den Domänenpächtern, die auch nicht freizusprechen sind, daß sie mit dem Pacht, das ihnen in Gestalt einer langjährigen Pacht an Staatsland übergeben ist, in vielen Fällen Wucher treiben.

Daß die Sozialdemokratie die Bestrebungen unterstützt, die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeiterschutzesetze festzulegen, bedarf keiner besonderen Unterstreichung, ebenso der Satz, daß alle Zweige der Sozialversicherung den Bedürfnissen der Kleinbauern, Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter anzupassen sind. Die Sozialdemokratie als die Partei, die sich in überwiegendem Maße auf die breite Masse des Volkes stützt, wird alle Bestrebungen unterstützen, die zu einer Erleichterung der Existenz jener Volksschichten beitragen. Bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeiter ist noch ganz besonders hervorzuheben, daß ihnen erst die sozialdemokratische Regierung die Gleichstellung mit den übrigen Arbeitern gebracht hat. Obwohl man bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein der Ueberzeugung war, daß die nun beseitigten Gesindeordnungen und Ausnahmeesetze längst überliefert waren, haben die Landarbeiter es erst der Revolution zu verdanken, daß sie als freie Menschen erklärt wurden. Gegenwärtig laufen wieder Bestrebungen, die Landarbeiterschaft in dieser oder jener Form ausnahmegesetzlich zu behandeln. Die Sozialdemokratie wird allen diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Man kann für die Landwirtschaft und die Landarbeiter Gesetze schaffen, die ein anderes Recht darstellen, als für die übrigen Bevölkerungsteile. Es darf aber niemals für die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung, ganz besonders die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft, ein ungünstigeres Recht geschaffen werden.

Ganz besonders ist aber darauf hinzuwirken, daß der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft beim Betriebsrätegesetz die gleichen Rechte gewährt werden, wie dies sonst gilt. Heute ist dadurch, daß in der Land- und Forstwirtschaft erst bei zehn ständig Beschäftigten ein Obmann und bei zwanzig ständig Beschäftigten ein Betriebsrat zu wählen ist, das Betriebsrätegesetz für einen erheblichen Teil der bäuerlichen Betriebe nicht zuständig. In diesen Tagen ist von den Vertretern der Landarbeiter auf dem Betriebsrätegesetz

erklärt worden, es sei unbedingt notwendig, auch hier die Gleichstellung herbeizuführen. Sollen die Betriebsräte ihre Aufgabe in der Land- und Forstwirtschaft erfüllen, dann darf vor den bäuerlichen Betrieben mit der Einführung der Betriebsräte nicht Halt gemacht werden. Bei dieser Gelegenheit will ich kurz bemerken, daß an diesem Zustand die Unabhängigen ein erhebliches Teil Schuld tragen. (Sehr richtig!) Ihre Vertreter in dem Ausschuss der Nationalversammlung, der das Betriebsrätegesetz beraten hat, haben bei der Abstimmung gezeilt. Dadurch hatten die bürgerlichen Parteien ein leichtes Spiel, weil wegen des Fehlens der Unabhängigen der Verschlechterungsantrag der Deutschnationalen zur Annahme gelangte.

Wir haben ferner darauf hinzuwirken, daß die ausländischen Arbeiter nicht wahllos in das Land kommen. Heute sind viele einheimische Landarbeiter arbeitslos. Es ist nicht unsere Aufgabe, die ausländischen Arbeiter zu bekämpfen, sondern es muß notgedrungen auf dem Lande eine Kontrolle ausgeübt werden, daß dort, wo einheimische Arbeiter vorhanden sind, keine ausländischen Arbeiter eingestellt werden.

Eine der dringendsten Aufgaben ist, daß unsere Vertreter die Errichtung von Landarbeitsgerichten fordern, die nach der Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf dem schnellsten Wege die vielen Einzelstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Landwirtschaft zu schlichten haben.

Ferner ist zu fordern der Schutz der Frauen, Jugendlichen und Kinder in der Land- und Forstwirtschaft. Nicht nur gegenüber der Ausbeutung im Arbeitsverhältnis, wo noch so vieles zu regeln ist, sondern es sind auch Wohlfahrtseinrichtungen zu fordern und bestehende Einrichtungen weiter auszubauen.

Wir haben ferner darauf hinzuwirken, daß eine zuverlässige land- und forstwirtschaftliche Statistik geführt wird. Sind doch z. B. die Ernteschätzungen sehr unzuverlässig, wie während des Krieges genügend festgestellt wurde.

Wenn in den Schlußsätzen der Richtlinien gesagt ist, daß im Rahmen dieses Aktionsprogrammes in einzelnen Gebieten besondere Forderungen aufgestellt werden können, so entspricht dieses den eigenartig gelagerten Verhältnissen, daß je nach Gegend Abweichungen notwendig sind. Es ist jedoch erforderlich, daß aufzustellende Forderungen zuerst dem Parteivorstand zur Begutachtung und Bestätigung zu unterbreiten sind.

Damit komme ich zum Schluß. Es war meine Aufgabe, diese schwierigen Fragen zusammengedrängt zu behandeln. Daß man dabei nicht auf alles hinweisen konnte, ist selbstverständlich. Wollte man dieses erfüllen, dann wären mindestens ein Duzend Referate erforderlich gewesen.

Zusammenfassend möchte ich nochmals darauf hinweisen, es bleibt unser Ziel, das vornehmste Produktionsmittel, den Grund und Boden, in den Allgemeinbesitz zu überführen. Die Sozialisierung der Land- und Forstwirtschaft bleibt ebenfalls unser Ziel. Es ist aber ausgesprochen, daß erst die Vorbedingungen dafür erfüllt sein müssen. Als nächste Aufgabe betrachte ich, alle Maßnahmen zu unterstützen, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen. Es besteht die Gefahr, vielmehr es wird jetzt schon vielfach so gehandelt, daß die Landwirte zum extensiven Betriebe übergehen, indem wertvolles Ackerland als Weide angelegt wird, vom Hackfruchtbau zum Körnerbau übergegangen wird, oder ertragsfähiges Land brach liegen bleibt.

Die Gefahren für die deutsche Volksernährung sind erheblich. Derartige Zustände dürfen nicht eintreten. Wollen wir aber dagegen auftreten, dann haben wir in aller nächster Zeit dafür zu sorgen, daß ein wirksames Enteignungsgesetz gegen die Grundbesitzer geschaffen wird, die entgegen dem in der Verfassung festgelegten Grundfaß handeln, daß Eigentum an Grund und Boden dazu verpflichtet, dieses im Dienste für die Allgemeinheit zu bearbeiten. Es liegt mir fern, in diesem Zusammenhange Bedingungen über den Wiedereintritt in die Regierung aufzustellen oder dieses Thema überhaupt zu erörtern. Mein persönlicher Standpunkt ist aber der: Wenn der Tag kommt, daß wir mit dieser oder jener bürgerlichen Partei die Regierung übernehmen müssen, muß diese Forderung ganz bestimmt aufgestellt und deren Erfüllung zur Bedingung der Regierungsübernahme gemacht werden.

Die Mitglieder der Kommission unterbreiten hiermit die Richtlinien dem Parteitag zur Entscheidung und haben den Wunsch, wenn sich der Parteitag unseren Richtlinien im allgemeinen anschließt, daß dann auch von den Parteigenossen im Lande diese beachtet werden und damit ein einheitliches Handeln herbeigeführt wird. (Lebhafter Beifall.)

Zur Unterstützungsfrage über die zum Parteiprogramm und den Richtlinien zum Agrarprogramm gestellten Anträgen gibt

Auer folgende Erklärung ab: Die vom Parteitag gestern abend eingesezte Kommission hat sofort zu den Richtlinien der Agrarpolitik und den dazu vorliegenden Anträgen Stellung genommen. Bei dieser Beratung wurde nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Richtlinien in verschiedenen wichtigen Punkten verbesserungsbedürftig seien. Angesichts der großen Umwälzungen, die wir durchleben, haben die Genossen, von denen die Anträge gestellt sind, sich bereit erklärt, auf die Begründung ihrer Anträge zu verzichten, und ich bin beauftragt, dem Parteitag mitzuteilen, daß diese Anträge hiermit zurückgezogen sind.

Die Kommission hat nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, er wolle beschließen, über den Punkt der Tagesordnung „Richtlinien für Agrarpolitik“ in eine Debatte nicht einzutreten (Bravo!), ferner dem Parteitag zu empfehlen, den vorliegenden Richtlinien, wie sie die neue Fassung der Weilage 319 enthält, einmütig zuzustimmen. Als Vorsitzender der Kommission habe ich den Antrag, Sie dringendst zu bitten, dem wohlwollenden Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben. (Bravo!)

Der Vorsitzende Müller stellt die Unterstützungsfrage zu den Anträgen 253, 255 bis 257, 259, 261 bis 268, 272, 275 bis 278, 283, 288, 301, 274 und 291. — Die Anträge werden genügend unterstützt. Die zum Agrarprogramm gestellten Anträge werden als erledigt erklärt. Der Antrag 270, der neben dem Agrarprogramm ein Kommunal- und Schulprogramm wünscht, wird genügend unterstützt. Der Antrag 288 wird, soweit er ein Kleinbauernprogramm verlangt, für erledigt erklärt; soweit er ein Programm für Kleinhandwerker verlangt, erfährt er nicht genügende Unterstützung. Die Anträge 290, 309 und 320, die sich auf das Kommunalprogramm beziehen, werden ausreichend unterstützt. Der ausreichend unterstützte Antrag 373, betr. Richtlinien für die auswärtige Politik, wird mit zur Debatte gestellt. Dem Antrage, über die Richtlinien zum Agrarprogramm nicht in die Debatte einzutreten, wird mit großer Mehrheit zugestimmt. Der Parteitag tritt darauf in die Debatte ein über Punkt 6a der Tagesordnung:

#### Das Parteiprogramm.

**Lauffütter:** Bei dem Gegenstand, den wir heute zu behandeln haben, handelt es sich um die beiden Fragen: Muß die Sozialdemokratische Partei überhaupt ein Programm haben, und muß sie ein neues Programm haben? Ich bejahe beide Fragen. Weiter kommt es darauf an, welchen Inhalt und welche Form das Programm haben soll. Da meine ich, daß wir zunächst im Programm festlegen müssen, daß wir Kultursozialismus treiben. Das Ziel des Sozialismus ist die Hebung der Menschheit auf eine höhere Kulturstufe. Der Sozialismus hat sich im Laufe der Zeit gemauert. Früher war er mehr materialistischer Art. Wirtschaftliche Fragen standen im Vordergrund. Man nannte den Sozialismus eine Magenfrage. Im Laufe der Zeit ist er zu einer Kulturfrage geworden. Der Wirtschaftsozialismus ist nur eine Vorbedingung des Kultursozialismus. Hauptsächlich haben wir kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Der Kultursozialismus läßt sich aber nicht ohne eine gründliche Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens verwirklichen. Es müßte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Sozialdemokratie das menschliche Zusammenleben auf eine neue Grundlage stellen werde, auf die des Solidarismus, der Gerechtigkeit, der Menschenliebe. Dabei handelt es sich um Fragen der Familie, der Ehe, der Ertlichkeit, der Kunst, der Kultur, um Frauenfragen, Bildungsfragen, Kinderfragen.

Sodann kommt die schwierige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir den Sozialismus, der bekanntlich vielseitig ist, in einer bestimmten Form wirtschaftlich verwirklichen wollen: in der Form des demokratischen Sozialismus. Wir lehnen zunächst den autoritativen obrigkeitlichen Sozialismus ab, andererseits aber auch den autoritätslosen Sozialismus, weil er den Gesetzen des menschlichen Zusammenlebens widerspricht. Nur in der Form der Demokratie läßt sich der Sozialismus verwirklichen. Hierbei spielt die Frage zwischen Zwang und Freiheit im Wirtschaftsleben eine große Rolle. Wir müssen eine zusammengefaßte planmäßige Organisationsweise haben. Die planlose Erwerbswirtschaft soll durch eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft ersetzt werden, in der jeder einzelne das Mitbestimmungsrecht hat. Die wirtschaftliche Demokratie ist die Grundlage, weil sie uns die einzige Möglichkeit bietet, wieder das zu schaffen, was im Wirtschaftsleben unentbehrlich ist: Initiative, Tatkraft, Pflichtgefühl, Verantwortungsbewußtsein, Lächlichkeit und Freiwilligkeit.

Dann müssen wir im Parteiprogramm scharf zur Frage des Staates Stellung nehmen. Im ersturter Programm kommt das Wort „Staat“ und „Verstaatlichung“ überhaupt nicht vor. Man glaubte damals, der Staat sei eine vorübergehende Erscheinung. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat aber der Staatsgedanke eine große Stärkung erfahren. Wir müssen bestimmt dazu Stellung nehmen, ob wir dem Staat wirtschaftliche Aufgaben zuweisen können. Die Kriegswirtschaft hat gezeigt, daß der heutige Staat unfähig ist, wirtschaftliche Aufgaben zu lösen, nicht nur deswegen, weil er nicht die genügende Zahl vorgebildeter Beamten hat, sondern auch, weil deren Reellität sehr in Zweifel gezogen werden kann. Wir müssen auch mit allgemeinen Lebensarten brechen. Der Ausdruck „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ hat überhaupt keine Bedeutung. Im Programm heißt es: Die Produktionsmittel sollen in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden. Das klingt sehr schön. Wenn aber einer käme und erklärte: Ich will meinen Betrieb in den Besitz der Gesellschaft überführen, können Sie mir die Adresse der Gesellschaft geben, so kämen wir in Verlegenheit. Der Ausdruck ist seinerzeit als Notbehelf aufgenommen worden, um den Ausdruck „Verstaatlichung“ zu vermeiden. Der Begriff „Gesellschaft“ ist ein abstrakter Begriff. Wir müssen sagen: Welche Aufgaben wirt-

schäfflicher Art können wir dem Reich, den Staaten, den Städten, den Gemeinden usw. überweisen? Es handelt sich um Fragen, die sich auf das Verhältnis der sozialdemokratischen Weltanschauung zum Staatsgedanken beziehen. Dazu kommt die Frage des Verhältnisses von Religion, Kirche und Staat, von Religion und Sozialismus. Mit dem Ausdruck „Religion ist Privatfache“ können alle diese Fragen nicht aus der Welt geschafft werden. Religion ist nur Privatfache, soweit sie eine innere Ueberzeugung ist; sie ist Gemeinschafts-fache, sobald sie zu einer Gesellschaftseinrichtung, zu einer sozialen Erscheinung wird. Dann müssen wir uns von Staats- und Partiewegen gründlich mit dieser Frage beschäftigen. (Sehr richtig!) Die Religion als Gesellschafts-fache ist eine öffentliche Angelegenheit.

Was die Form des Programms anbetrifft, so müssen die prophetischen Ausblicke in die Zukunft, die uns bei dem früheren Programm immer hindernd im Wege standen, unterbleiben. Wir müssen das Programm so gestalten, daß es für die Gegenwart zutrifft. Jedes Programm ist der Ausdruck der Erkenntnis eines Menschen oder einer Gruppe. Wie sich die Verhältnisse in den letzten Jahren verändert haben, ist Ihnen bekannt. Also keine unerfüllbaren Versprechungen, keine Illusionen, sondern Tatsachen und Wirklichkeitsjinn müssen aus dem Programm hervorleuchten.

Dann müssen wir zur Frage der Diktatur, des Terrorismus im weitesten Sinne scharf Stellung nehmen. Wir müssen darauf hinweisen, daß es unmöglich ist, die Gewalt zu wollen. Marx und Engels lehnten den Willen zur Gewalt ab. Die Anwendung der Gewalt ist die ultima ratio, wenn alle rechtlichen und sonstigen Mittel versagen.

Ferner möchte ich der Kommission den Rat mit auf den Weg geben, das Programm möglichst populär abzufassen. (Sehr richtig!) Die Sprache des Programms muß klar und deutsch sein, damit jeder es verstehen kann. Zum Schluß gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß es der Kommission gelingen möge, ein Programm zu schaffen, mit dem wir moralische Eroberungen machen können. (Beifall.)

Wichtig: Ich habe schwer verstehen können, wie man Zweifel darüber haben kann, ob das Programm unserer Partei reformbedürftig ist oder nicht. Das Programm einer Partei soll sagen, was die Partei will, und soll das in einer verbenden Form zum Ausdruck bringen. Es ist klar, daß das alte Programm zu seiner Zeit diese Verbindung erfüllte. Aber ebenso sehr ist klar, daß das Programm in seiner heutigen Form nicht mehr das sagt, was die Partei will, und nicht mehr in der verbenden Form, die geeignet ist, immer neue Anhänger heranzuziehen. Eine ganze Anzahl von Punkten des Programms sind erfüllt, eine ganze Anzahl wichtiger Forderungen des Tages kommen in ihm nicht zum Ausdruck. Vor allen Dingen möchte ich auf die Stellung der Partei, der ganzen deutschen Arbeiterklasse zum Staate, zum Volke hinweisen, die sich infolge der Entwicklung der Dinge vollkommen verschoben hat, ferner auf die Stellungnahme der Partei zum deutschen Geistesleben und zu den deutschen Universitäten. Auch hier ist ein Wandel eingetreten. Ich möchte Sie auf die ungeheure verhängnisvolle Tatsache hinweisen, daß die Vernachlässigung dieser Frage, der Frage der Erziehung des Beamtentums, des Richtertums aufs tiefste in unser heutiges Leben hineingreift. Wir beklagen uns heute über Rechtsprüche der Gerichte, über Mißgriffe der Verwaltung, über das Versagen unserer Diplomatie während des Krieges. Aber bis heute ist eine Aenderung dieser Zustände nicht eingetreten. (Sehr richtig!) Die Berliner Bureaucratie sabotiert auch heute noch die Reformbestrebungen der Universitäten und der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten. Es wäre eine

Illusion, zu erwarten, daß irgendeine Bureaucratie sich selbst regeneriert. Es bedarf des stärksten Druckes, um hier einen Wandel herbeizuführen. Mit der Aufstellung praktischer Forderungen, gewissermaßen mit Willenserklärungen der Partei ist es aber nicht getan. Ein Programm muß, um verbende Kraft zu haben, eine allgemeine Idee zum Ausdruck bringen. (Sehr richtig!) Das ist in dem Erfurter Programm auf wissenschaftlicher Grundlage geschehen. Das Erfurter Programm enthält eine Einleitung, die eine wissenschaftliche Theorie zum Ausdruck bringt. Für die damalige Zeit war das gewiß das Richtige. Trotzdem muß man sich grundsätzlich gegen diese Form erklären. Die Wissenschaft ist in ewigem Fluß begriffen. Ein Beweis dafür ist der Einfluß der Einsteinschen naturwissenschaftlichen Theorie. Wieviel mehr ist das der Fall auf dem viel schwankenbereeren Gebiete der Gesellschaftswissenschaft. Da kann es passieren, daß dadurch, daß die theoretische Begründung sich als brüchig erweist, der Teil eines Programms, der verbende wirken soll, geradezu abstoßend wirkt. Das ist bis zu einem gewissen Grade heute eingetreten. Obgleich ich nicht Volkswirtschaftler bin, bin ich dagegen, in der Einleitung zum Aktionsprogramm irgendeine neue Theorie zu entwickeln. Wir sollen uns nur zu einem Kulturideal bekennen. In dieser Richtung ist die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ungeheuer. Das Kulturideal des deutschen Volkes wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschaffen und bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts durch diejenige Gruppe in unserem Volke fortgebildet, die wir Bürgertum nennen. Es war im wesentlichen eine Kleinbürgerliche Gruppe. Seit der Entwicklung des Kapitalismus und dem Aufsteigen der modernen Bourgeoisie in Deutschland ist eine stärkere Materialisierung in der Kultur entstanden, wie sie in der Weltgeschichte noch kaum dagewesen ist. Wegen dieser Materialisierung der Kultur muß sich die deutsche Arbeiterklasse erklären und muß das Banner wieder aufnehmen, das den bürgerlichen Schichten in der Mitte des 19. Jahrhunderts entfallen ist. Nur dann wird auch das Ziel des Antrages 205, nämlich die Gewinnung der Kopfarbeiter, verwirklicht werden können. Glauben Sie mir, daß unter denjenigen, die heute noch zu den sogenannten bürgerlichen Parteien gehören, sich eine ungeheure Zahl von Menschen findet, die längst von diesen materialistischen Ideen innerlich abgefallen sind, die aber nicht den Anschluß finden können, weil sie fälschlicherweise glauben, daß die sozialdemokratische Partei als Arbeiterpartei sich auf einer sogenannten materialistischen Geschichtsbetrachtung aufbaue. An dem Tage, wo dieser Irrtum zerstört wird, werden wir einen ungeheuren Aufschwung nehmen. Gerade von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich den Wunsch aussprechen, daß das neue Programm in diesem Sinne ein neues Glaubensbekenntnis der deutschen Arbeiterklasse enthalten möge. (Lebhafter Beifall.)

Zu den Bildungsausschuß werden dann folgende vom Parteivorstand vorgeschlagene Mitglieder einstimmig gewählt: Frau Bohm-Schuch, Dr. Eduard David, Dr. Franz Diederich, Hugo Heimann-Berlin, Hellmann-Hamburg, Karl Koen-Berlin, Löbe-Brzslau, Dr. Rabbruch-Niel, Sassenbach-Berlin, Schredt-Dielefeld, Heinrich Schulz-Berlin.

Dr. Anad-Hamburg: Wer wie ich als ärztlicher Sachmann im politischen Leben steht, kann diese Debatte nicht ohne einige Worte und Wünsche zur Neuordnung unseres Gesundheitswesens vorübergehen lassen. Wir wissen, daß unser Volk durch die Folgen des Krieges und der Revolution am Körper derart krank ist, daß wir Ärzte kaum wissen, wie die Volksgefundheit wieder aufgebaut werden kann, um so weniger, als wir nicht unter den günstigen finanziellen Staatsverhältnissen der Friedenszeit, sondern in einem wirtschaftlichen Zusammenbruch leben. Insofern werden der Kommission, die sich mit

der Neuordnung des Gesundheitswesens zu beschäftigen hat, sicherlich außerordentliche Schwierigkeiten erwachsen, schon für die nächste Zukunft die praktischen Richtlinien für den Aufbau unseres Gesundheitswesens zu geben. Man soll aber darum vor allen Dingen vermeiden, Schlagwörter zu gebrauchen. Ein solches Schlagwort ist nach meiner Ueberzeugung die „Sozialisierung“ des Gesundheitswesens. Wir haben im vorigen Jahr als Ärzte und Sozialpolitiker im Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Weimar über die Frage der „Sozialisierung“ des Gesundheitswesens eingehend gesprochen, sind aber ohne Resultat nach Hause gegangen. Ich kann mir nur eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens und eine Durchdringung desselben mit sozialem Geist vorstellen. Dazu aber ist notwendig, in unserem Programm die Richtlinien für eine durchgreifende Politisierung unseres Gesundheitswesens festzulegen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die Nationalversammlung sich nicht hat entschließen können, ein Reichsgesundheitsministerium zu schaffen. Aber auch damit allein wäre es nicht getan gewesen, wir müssen außerdem Gesundheitsministerien und politisch geleitete Gesundheitsverwaltungen nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch bis tief hinein in die kleinen und kleinsten Städte und ländlichen Verwaltungsbezirke haben. Nur wenn der politische Geist sich Schulter an Schulter mit dem ärztlichen Sachverstand stellt, können wir eine soziale Durchdringung des Gesundheitswesens erreichen. Ich stelle mir diese Politisierung so vor, daß nicht nur ein Politiker als leitender Kopf vorhanden ist, sondern daß bis in die Krankenhäuser, bis in die kleinsten Räume hinein Männer und Frauen an der Gesundheitspflege mitarbeiten, die das politische Vertrauen der breiten Massen haben. Wir haben in Hamburg bereits in dieser Weise bei der nachrevolutionären Neuordnung unsere Gesundheitsbehörde organisiert, und wir haben bereits die Erfahrung, daß wir dadurch den Geist in die Gesundheitspflege hineinbringen können, den wir fordern. Nur, wenn wir durch diese Politisierung das Gesundheitswesen fest in der Hand haben, ist es uns möglich, den zahlreichen Wünschen und Anträgen, u. a. auch auf dem diesjährigen Parteitag bezüglich der Neuordnung des Hebammenwesens, der Geburtshilfe, des Apothekenwesens, des Versicherungswesens, der neuzeitlichen Ueberwachung der Prostitution und der von weiten Kreisen unserer Frauen verlangten Neuordnung der Bevölkerungspolitik, gerecht zu werden. Unsere Reichstagsfraktion hat ja bereits entsprechend diesen Forderungen der Frauenwelt durch einen Antrag auf Abänderung des Strafgesetzbuches in den §§ 218 und 219 nachzukommen versucht, aber es wird bei einer so tiefgreifenden Gesetzesänderung nur dann möglich sein, unglückliche Frauenelend zu verhüten und wirklich die bestehenden sozialen Schäden und Gefahren zu bannen, wenn wir auf die geschickte Weise das Gesundheitswesen fest in unserer Hand haben. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß gerade die Ärzte, die doch Tag für Tag das unselige Elend unserer minderbemittelten Bevölkerung sehen, in ihrer überwiegenden Mehrheit heute noch den reaktionären Parteien angehören. (Sehr richtig!) Das ist für mich stets ein Problem gewesen, das ich kaum habe verstehen können. Man sieht hier eben so recht klar und deutlich, wie der einzelne Mensch durch seinen wirtschaftlichen Werdegang in seiner politischen Entwicklung beeinflusst und gehemmt wird. Wir müssen die Gefahr vermeiden, daß eine ärztliche Beamtenherrschaft das Gesundheitswesen in der Hand behält, wie es heute noch im Reichsgesundheitsamt und zahlreichen regionalen Gesundheitsbehörden möglich ist, wo nicht der Politiker regiert, sondern der kalte, bürgerlich-reaktionäre Verwaltungsbeamte.

Eine außerordentlich wichtige Rolle spielt für unseren Wiederaufbau und unsere weitere staatliche Entwicklung die Frage der Beamtenpolitik. Ich habe es bedauert, daß in dem Programm der Partei, das uns sonst so aus-

gezeichnete Beiträge zu verschiedenen Fragen gebracht hat, die Beamtenfrage nicht besonders behandelt worden ist, daß das Programm nur einige Bemerkungen verstreut in verschiedenen Artikeln darüber enthält. Wir haben durch die Revolution das erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen, daß sich die mittleren und unteren Kreise der Beamtenschaft eng mit der Arbeiterschaft zusammengelassen haben, und wir haben es dankbar empfunden, daß der Kapp-Putsch durch das feste Zusammenhalten der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgewehrt worden ist. Wir haben mehr und mehr erkannt, daß beim Schutz der Verfassung und der Abwehr reaktionärer Putschversuche heutzutage ein Lokomotivführer, der seine Maschine stillstehen läßt, oder ein Telegraphenbeamter, der seinen Dienst verweigert, unter Umständen eine weit größere Wirkung ausübt, als irgendein Arbeiter eines nicht lebenswichtigen, wenn auch noch so großen Industriebetriebes. Ein enges Zusammenhalten der mittleren und unteren Beamtenschaft mit der Arbeiterschaft und den Angestellten ist nur zu erzielen, wenn wir auch in unserem Programm eine konsequente Beamtenpolitik festlegen, die die Beamten mit sozialistischem Geiste durchdringt, indem wir den Beweis liefern, daß wir in den Befolgsordnungen und ähnlichen Dingen mit der ganzen Wucht unseres sozialdemokratischen Einflusses auch für die Beamten sorgen. Das war bei den bisher neugeschaffenen Befolgsordnungen des Reiches und der Länder leider noch nicht möglich, weil wir an eine Koalitionspolitik gebunden waren. Wir müssen in unserer kommenden Beamtenpolitik zum Ausdruck bringen, daß, wenn ein Volk in Not ist, die hohen Beamten nicht enorm hohe Gehälter bekommen können und die niederen Beamtenklassen zum Teil nicht das erhalten, was sie zum Leben notwendig haben. (Zustimmung.) Für uns muß als Richtung gelten, während der Zeit der Not oben zu nehmen und unten zuzulegen. Wir müssen das auch unseren höheren akademisch vorgebildeten Beamten gegenüber offen aussprechen, die sich so gerne als die geistigen Führer des Volkes betrachten. Wer geistiger Führer des Volkes sein will, muß es dadurch beweisen, daß er auf seinen eigenen Vorteil zugunsten des wirtschaftlich Schwächeren in Zeiten der Not verzichtet. Daran denken die höheren Beamten aber heute gar nicht. Wir müssen auch dafür sorgen, daß den Beamtinnen ihr Recht wird, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn bezahlt wird, und daß auch die Frau, die in einer Beamten-tätigkeit steht, das volle und uneingeschränkte Recht auf die Mutterschaft hat. Wir müssen auch in unseren eigenen Reihen den Geist erlösen, der, irreführend durch die wirtschaftliche Not mancherorts, zurzeit dahingehet, verheiratete Beamtinnen aus ihren Stellungen zu verdrängen. Damit würden wir wertvolle Frauenarbeit verlieren und unsere Frauenbewegung auf lange Zeit hinaus hemmen. Das aber darf nie und nimmer gebuldet werden. (Lebhafte Beifall.)

**Mollenhauer:** Der Genosse Lauffötter sagte, wir müßten unser Programm insofern ändern, als wir danach streben müßten, Kultursozialismus zu treiben. Ich glaube, die gewaltigste Kulturbewegung, die jemals in der Welt Raum gehabt hat, ist die sozialistische Bewegung. (Sehr wahr!) Deshalb ist eine Aenderung nicht nötig. Merkwürdig war es auch, daß Genosse Lauffötter der Meinung ist, wir hätten uns lediglich an die Gesellschaft und niemals an den Staat gewandt. Er ging sogar so weit, zu behaupten, daß das Wort Staat im Erfurter Programm nicht vorkomme. Es heißt aber unter Punkt 2: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde.“ Wenn Genosse Lauffötter das Erfurter Programm einmal vollständig durchsehen würde, würde er finden, daß wir zwar nicht gefordert haben, es soll ein Staat gebildet werden oder die Menschen sollen in politische Organisationen, die Staaten sind, zusammengefaßt werden — das war nicht nötig,

da die staatlichen Organisationen vorhanden waren —, daß aber eine Reihe von Forderungen aufgestellt worden sind, durch die staatliche Einrichtungen im Interesse des Volkes geändert und neue eingeführt werden sollten.

Ich habe nun schon zum dritten Male die Ehre, an der Schaffung eines Parteiprogramms mitzuwirken. Ich war 1876 und 1891 an der Bildung des Parteiprogramms beteiligt, wir ändern heute das Parteiprogramm zum dritten Male, nicht, weil wir andere geworden sind, sondern weil die Zeiten sich geändert haben. Wenn das Gothaer Programm wesentlich im Hinblick auf die beiden bis dahin bestehenden Richtungen geschaffen wurde, um die Eisenacher und Lassalleaner miteinander zu verschmelzen, so handelt es sich da um eine Zeit, die politisch und ökonomisch von der Gegenwart verschieden war. Damals hatten wir die Gründerperiode hinter uns; wir lebten in einer Zeit des Gründerkraches, in jener Zeit, in der der Kapitalismus anfang, sich in Deutschland wild zu entwickeln. Das war etwas, was wesentlich auf die ganze Agitation, auf die Denkweise, auf das Streben der Partei von Einfluß sein mußte. In den Jahren 1875—1891 hat die kapitalistische Entwicklung in Deutschland wesentliche Fortschritte gemacht, und 1891 standen wir in jener Periode, in der die Kapitalisten selbst dabei waren, die Grundlage der alten kapitalistischen Ordnung zu erschüttern, indem durch die Gründung von Kartellen die freie Konkurrenz möglichst beseitigt wurde. Den damaligen ökonomischen Verhältnissen mußte im Parteiprogramm Rechnung getragen werden. Wir hatten die politischen Forderungen im wesentlichen darauf abgestimmt, den Kampf gegen den militaristischen, Polizeiz-, Junker- und Klassenstaat zu führen.

Heute sehen wir aber den alten Militarstaat zusammengebrochen. Wir haben die Republik und haben jetzt einmal die praktischen Einrichtungen zur Ausgestaltung der Republik zu schaffen, die Rechte des gesamten Volkes zu wahren. Das ist eine andere Grundlage, und aus dem Grunde müssen wir ein anderes Programm aufstellen. Ebenso liegt es auf wirtschaftlichem Gebiet. Das alte Wirtschaftsleben ist zusammengebrochen. Da kann es keine Rekonstruktion des Zusammengebrochenen geben, das widerstreitet der Geschichte, sondern eine neue Zukunft aufzubauen ist unsere Aufgabe. Das muß im Programm zum Ausdruck kommen, welches die Richtlinien sind, wie wir jene Ziele erreichen wollen. Das Programm muß wesentlich anders gestaltet werden, nicht als ob wir andere geworden sind, sondern wir müssen nur um so schärfer betonen, daß wir das bleiben, was wir gewesen sind, wir müssen nur unseren „Zukunftsstaat“ neu aufbauen. Da heißt es, gründlich umzugestalten. Es ist bereits angedeutet worden, nach welcher Richtung ihn alles zu ändern ist, während wir sonst im wesentlichen nur ein Agitationsprogramm haben mußten, um Anhänger zu werben. Als solche haben das Gothaer und das Erfurter Programm ihren Zweck erfüllt. Als das Gothaer Programm geschaffen wurde, hatten wir etwa 400 000 Reichstagsstimmen. Das Gothaer Programm hat uns soweit gebracht, daß wir die stärkste Partei im Reich geworden sind. Dann hat uns das Erfurter Programm bis heute als Grundlage unserer Agitation ausgereicht. Jetzt aber heißt es einmal zeigen, wie die sozialistische Partei ihre Ziele verwirklichen will, und hoffentlich gelingt es uns, ein Programm zu schaffen, von dem wir sagen können: es ist Vorarbeit für Jahrhunderte geschaffen. (Lebhafte Beifall.)

**Eduard Bernstein:** Darüber, daß wir ein neues Programm haben müssen, herrscht Einstimmigkeit. Die Frage ist nur, welches die Art dieses Programmes, die Grundlage seines Wesens sein soll. Da stehen sich allerdings noch die Anschauungen gegenüber. Es ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß wir eigentlich nur ein Aktionsprogramm oder etwa Aktionsprogramme brauchen. Wenn wir aber ein Bedürfnis nicht haben, so ist es dieses! (Sehr richtig!) Wir haben

so viel Aktionen, Aufträge, Vorschläge, Absichten, wie man nur mag. Sehen Sie sich nur die Beschlüsse des heutigen Parteitages an, wieviel Aktionen da von der Partei und ihrer Fraktion verlangt werden. (Sehr richtig!) Auf eines können wir dagegen nicht verzichten: nämlich, daß die Sozialdemokratie ihr Programm stützt auf wissenschaftliche Erkenntnis, daß ihr Programm nicht nur der Ausdruck eines Willens ist, sondern die Wiedergabe einer Erkenntnis, daß wir also ebenjotig, wie wir immerzeit dem Erfurter Programm solche Darlegungen vorausschickten, auch jetzt eine Zusammenfassung unserer Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklung, die kurz und volkstümlich sein kann, dem Programm voranzustellen. (Sehr richtig!) Selbstverständlich wollen wir uns da aller Prophezeiungen enthalten, die zu bestimmt lauten. Nur das Wesen der heutigen Gesellschaft und die vor uns liegenden Entwicklungstendenzen müssen wir kennzeichnen, und damit den einzelnen, sagen, warum sie sich der Sozialdemokratie anschließen müssen.

Das Wort vom theoretischen Sinn der deutschen Arbeiter ist ja ein bißchen übertrieben gewesen. Wir haben leider noch einen zu großen Prozentsatz von Arbeitern, bei denen er nicht vorhanden ist. Aber wir haben auch einen großen Prozentsatz von solchen, bei denen er bereits entwickelt ist, und bei diesen wollen wir ihn weiterpflegen. Wir müssen ein Programm haben, das in gedruckenen Sätzen die Erkenntnisse und den Willen der Partei zusammenstellt, daran anschließend aber einzelne Programme mit Bezug auf die bestimmten Fragen, die unserer warten.

Selbstverständlich bin ich mit dem Genossen Lauffötker einverstanden, daß wir den Kulturcharakter der Sozialdemokratie energisch zum Ausdruck zu bringen haben. Lassalle hat allerdings den Arbeitern das Wort von der Frage zugerufen, aber derselbe Lassalle hat auch den Arbeitern das ideale Moment des Sozialismus aufgezeigt in seiner Schrift „Das Arbeiterprogramm“, eine Schrift, die noch heute nicht überlebt ist, die ich noch heute als die erste Einführung jedem in die Hand gebe, der sich über die Grundidee des Sozialismus unterrichten will. Und dann noch eins: Die Grundlage der sozialistischen Erkenntnis bleibt trotz allem doch in ihren großen Zügen diejenige Gesichtsauffassung, die uns Marx und Engels gelehrt haben. Nicht alle einzelnen Sätze ihrer Schriften, nicht gewisse Prophezeiungen, wohl aber die großen Gedanken der sozialen Entwicklungslehre. Sie müssen in kurzen Worten, wenn nicht ausdrücklich das Programm, so doch seinen Geist distillieren. Vor einem müssen wir uns dabei nur hüten, das ist das Verfallen in eine Marx-Scholastik (Sehr richtig!), die sich in unsere Literatur eingeschlichen hat und besonders in Halle und bei Lenin ihre üblen Wirkungen zeigt. Vor 20 Jahren schon habe ich geschrieben — und das ist mir damals sehr übel genommen worden: „Heute steht es so, daß man aus Marx alles herauslesen kann.“ Es sollte aber keine Herabsetzung von Marx sein. Marx hat nur zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Verhältnissen, in bezug auf bestimmte Fragen, entsprechend verschiedene Auffassungen gehabt und auch eine verschiedenartige Sprache geführt, besonders in bezug auf den heute berühmten Streit über Diktatur und Demokratie. Diejenigen, die sich auf Marx für die Diktatur berufen, haben daher genau so viel recht, wie diejenigen, die sich auf ihn für die Demokratie berufen. Unsere Stellung zu diesen Fragen haben wir aus den gewordenen Verhältnissen, aus der Entwicklung und dem Charakter unserer Bewegung zu bestimmen, nicht aber aus Äußerungen von Marx, die man verschieden deuten kann. Marx baute seine Theorie zu einer Zeit aus, wo es noch keine festorganisierte Arbeiterpartei gab, wo noch in keinem Lande die Arbeiter das Wahlrecht hatten, wo noch keine Erfahrungen vorlagen über die große schöpferische Kraft der Demokratie in Staaten moderner Entwicklung. Wir haben aber

Seitdem diese Erfahrungen gemacht, und alle Wissenschaft ist nur gesammelte Erfahrung, die zusammengefaßt ist unter bestimmten leitenden Gesichtspunkten. Darauf kommt es an.

In dem ausgezeichneten Referat des Genossen Georg Schmidt über die Agrarfrage ist auch die Frage berührt worden, daß eine Abwanderung von den Städten, von der Industrie in die Landwirtschaft erforderlich sein wird. In der Tat werden wir bei dem gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschaft allerdings damit zu rechnen haben, daß ein großer Prozentsatz unserer Industriearbeiter nicht mehr in der Industrie Beschäftigung findet und sich der Landwirtschaft widmen müssen. Aber wir wollen diese nicht zu Landarbeitern im alten Stil werden lassen. Das wäre eine soziale Herabdrückung. Ich halte eine neue Form der Siedelung für notwendig und möglich, wo wir die Arbeiter teilnehmen lassen am Kulturleben der Gegenwart — nicht bloß an gewissen materiellen Kulturgenüssen. Das ist allerdings nur durchzuführen durch das Mittel, auf das Georg Schmidt hingewiesen hat, und was schon in der Verfassung angekündigt ist: durch ein außerordentlich starkes Enteignungsrecht, und ich füge hinzu: durch ein mit Energie angewandtes Enteignungsverfahren. (Sehr richtig!) Ich bin mir natürlich nicht im Zweifel darüber, daß diese Anwendung erst kommen wird, wenn der Reichstag etwas anders zusammengefaßt ist als gegenwärtig.

Nun ist vom Genossen Braun gesagt worden in seinem Referat, daß ich der Vater des Revisionismus sei. Ich will meinen Teil Vaterschaft nicht ableugnen, muß aber in aller Bescheidenheit hinzufügen: es waren der Väter ihrer mehr. (Heiterkeit.) Der große Revisionist war indes die Zeit, die allgemeine Entwicklung, und heute stehen wir alle auf neuem Boden. Wir alle haben Auffassungen, die wir früher hatten, revidiert. (Zuruf Dr. Brauns: Auch durch die Revolution!) Selbstverständlich. Die Dinge haben sich entwickelt und haben uns manches anders anschauen gelehrt. Wir sind den Tatsachen erheblich nähergetreten, die wir aus der Ferne sahen, und nun ist das Bild, das sie gewähren, ein anderes. Das muß in unserem Programm mit aller Klarheit zum Ausdruck kommen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

**Dr. Diez:** Wir badischen Parteigenossen sind Ihnen von früher her als die Vertreter aus dem liberalen Musterlände bekannt, die den Parteitag wiederholt beschäftigt haben, weil sich die Landtagsfraktion herausgenommen hatte, für den Etat zu stimmen. Wir haben aber nach der Revolution bereits am 5. Januar gewählt und vor der Reichsverfassung am 21. März 1919 unsere Verfassung so frei und demokratisch ausgestaltet, daß die Reichsverfassung sich unser Verhältniswahlsystem zum Vorbild genommen hat. Wir sind also mit einem vollen Tropfen demokratischen Weles gesalbt. Aber gerade deshalb kann es uns — nicht gerade allen, aber sehr vielen — auf Grund unserer demokratischen Erfahrungen etwas Angst werden, wenn wir hören, schon vor diesem Parteitag in dem Gutachtenband und nun auch noch auf dem Parteitag von gar zu vielen Seiten, welche geheimnisvollen Wirkungen dieser formal juristischen Demokratie zugeschrieben werden, ohne daß wir irgendeine soziale Demokratie im Sinne von Marx und Engels haben. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die formaljuristische Demokratie ihre Grenzen haben muß. Und wenn soviel gesagt wird: Nur durch die Demokratie zum Sozialismus!, so ist es unsere Pflicht, Feinden und Freunden zu sagen, daß auch für uns die formaljuristische Demokratie nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck. (Sehr gut!) Und daß wir, wenn sie versagt, dann auch andere Mittel werden anwenden müssen. In staatsrechtlicher Beziehung danken wir die Republik nicht der formaljuristischen Demokratie, sondern die Revolution des 9. November.

die Diktatur der Arbeiter und Soldaten und wer sonst die Revolution gemacht hat, hat sie herbeigeführt. Erst hinten nach haben wir sie uns bestätigen lassen von der formal-juristischen Demokratie. Diese Demokraten sind dann auf den Boden der Tatsache getreten, weil sie geglaubt haben, die Arbeiter werden sich die Demokratie nicht wieder nehmen lassen. Wir werden uns auch die Errungenschaften der Revolution nicht nehmen lassen, wie es jetzt in Bayern versucht wird, wo man durch eine Volksabstimmung eine bäuerliche und Kleinbürgerliche Mehrheit für das Königtum herbeiführen möchte und die Reichsverfassung zu Fall bringen möchte, nach welcher jeder Bundesstaat Republik sein muß. Deswegen müssen wir eine Grenze der formalen Demokratie feststellen. Die andere Grenze liegt auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Wir sind alle einig in dem kommunistischen oder sozialistischen Zukunftsziel der Demokratie im weitesten Sinne. Aber das liegt in weiter Ferne. Heute leben wir in der kapitalistischen Welt. Für diese brauchen wir die formal-juristische Demokratie, weil wir in der Minderheit sind. Aber zwischen der Welt, in der wir stehen und der sozialistischen Welt liegt ein langes kampfreiches Ubergangsstadium, über das Marx 1875 in seinem Programmbrief zum Gothaer Programm gesagt hat: Zwischen kapitalistischer Wirtschaft und kommunistischer liegt die Ubergangsperiode, und dieser Ubergangsperiode entspricht auch eine besondere Form des Staates, nämlich die Diktatur des Proletariats. Genosse Bernstein hat auch bereits hervorgehoben, daß heute das, was Marx unter Diktatur verstanden hat, der verschiedensten Auslegung fähig ist, und ich will deshalb nicht diesen theoretischen Streit hier entfachen, obwohl ich vor 32 Jahren zu Schmollers Füßen gelernt habe, Marx zu widerlegen, ihn heute mir aber nicht mehr widerlegen lasse. Diesen Weg zum Sozialismus können wir nicht gehen ohne Expropriation der Expropriateure. Wenn die bürgerliche Mehrheit im Reich und in den Ländern die Durchführung des Sozialismus von Sozialisierungskommission zu Sozialisierungskommission, von Beratung zu Beratung schleppt, und es wird doch niemals etwas, wollen wir uns das gefallen lassen? Es gibt eine Grenze, ja, sowohl, aber sie kommt von außen. Ich erinnere an Lassalles Rede vor dem Kammergericht: „Die Revolution braucht nicht gewaltsam zu sein, sie kann kommen in voller Geseßlichkeit, wenn man beizugehen sie einführt, rechtzeitig und von oben herab. Wenn man das aber versäumt, dann kommt sie mit Gewalt usw.“ Was machen wir dann? Wollen wir wieder diese Frage umgehen? Es geht doch der Sturm durch die Welt. Wollen wir uns wieder, wie damals, von Engels sagen lassen: „Der Hauptfehler des Programms ist der, daß die wichtigsten Dinge nicht darin stehen?“ Wollen wir es dulden, daß die Partei sich an das opportunistische Hinarbeiten auf kleine Tagesfragen gewöhnt und nicht gerüttelt ist, wenn die Gewalt unvorhergesehen an sie herantritt? In dem Programm sollte offen ausgesprochen werden: Der Parteitag verlangt, daß diese Grenzen der Demokratie anerkannt werden, und er sollte ausdrücklich, daß die Partei jeden Versuch, die geltende formal-juristische Demokratie zur Wiedereinführung der Monarchie auszunutzen, mit allen Mitteln unterdrücken wird. Und wenn man die Sozialisierung und Expropriation verschleppt, nicht in der Lage und gewillt ist, diejenigen Aktionen, die dann von selber kommen werden, zu verhindern. Sprechen Sie das aus, es ist uns durch Halle gezeigt, die Stunde der Revolution kann kommen, es ist  $\frac{1}{2}$ . Dieser Druck kann vielleicht die bürgerliche Demokratie bestimmen, uns nicht mehr hinzuhalten. Zeigen Sie der Arbeiterkraft, daß wir nicht so verbürgerlicht sind, daß wir ihr in den Arm fallen könnten, wenn ungewollt von uns die neue Revolution ausbrechen sollte. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß gegen 1 Uhr.)

## Nachmittagsitzung.

Der Vorsitzende Scheidemann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß der Wunsch besteht, die Vorstandswahl bereits heute abend vorzunehmen, weil ein Teil der Delegierten über Nacht abreisen müsse. — Der Parteitag stimmt dem Vorschlage zu.

Der Antrag Nr. 205 wird nicht ausreißend unterstützt.

Der Parteitag fährt darauf in der Besprechung des Punktes 6a der Tagesordnung fort.

Dr. Sachs: Ein Parteiprogramm muß die Forderungen enthalten, die die Partei alsbald durchführen will. Das alte Programm der Partei enthielt im zweiten Teile auch Gegenwartsforderungen, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft verwirklicht werden sollen. Bei Aufstellung der neuen Gegenwartsforderungen wird die Programmkommission davon ausgehen müssen, daß wir uns in einer Zeit des Ueberganges zu einer anderen Gesellschaftsordnung befinden.

Selbstverständlich ist es, daß im Programm die Forderung erscheint, daß sozialisiert wird, wo es nur irgend möglich ist. Von größter Wichtigkeit wäre es, wenn es gelänge, den Staatsbetrieb mit dem Privatbetrieb wettbewerbsfähig zu machen, was er heute meist nicht ist. Heute wird ein großzügiger Versuch gemacht, etwas derartiges durchzuführen. Ich erinnere an die Deutschen Werke, die eine Aktiengesellschaft im Weste des Reiches bilden und die Seereswerkstätten übernommen haben, die kein Monopolbetrieb sind, sondern mit der Privatindustrie konkurrieren sollen.

Die Programmkommission wird aber auch nicht an der Frage vorbeigehen können, was dort geschehen soll, wo noch nicht sozialisiert werden kann. Man hat vielfach die sogenannte Planwirtschaft als ein theoretisches Gebilde hingestellt. Das ist nicht richtig. Sie liegt im Zuge der Entwicklung. Wir haben nicht mehr zwischen freier kapitalistischer Wirtschaft und gebundener Wirtschaft zu wählen. Die freie Wirtschaft, wie wir sie zum Teil in der Vorkriegszeit hatten, kehrt nie wieder. Überall sehen wir, wie sich die Unternehmer aufs engste zusammenschließen. Es fragt sich, ob wir diese Organisation der Unternehmer völlig ausschalten oder unter Kontrolle stellen können. Gegen die Planwirtschaft ist eingewendet worden, daß durch die Zwangsorganisation die Macht der Unternehmer gestärkt würde. Würde aber die Macht der Unternehmer geringer sein, wenn wir nicht Zwangsorganisationen, sondern völlig unkontrollierte Unternehmerverbände, Trusts usw. hätten? Ich glaube nicht, daß wir die Kohlenpreise noch so niedrig hätten, wie sie jetzt sind, wenn die Kohlenmagnaten die Kohlenpreise so festsetzen könnten, wie sie wollen. Der Braunkohlenpreis wäre nicht um 15 Proz. gesunken, wenn nicht die Kohlenwirtschaft unter einer — wenn auch ungenügenden — staatlichen Kontrolle stände.

Wir sagen immer, wir können nur dort sozialisieren, wo ein Wirtschaftszweig reif ist, d. h. wo die Organisation und Konzentration einen sehr hohen Grad erreicht hat. Warum soll es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein, diese Organisation und Konzentration eines Wirtschaftszweiges herbeizuführen? Die Abneigung gegen die Planwirtschaft hat ihre Ursache wohl darin, daß man in der Sozialdemokratie die Sozialisierungsfrage immer von einem zu einseitigen Standpunkt aus betrachtet hat. Wir erstreben durch die Sozialisierung erstens die Beseitigung allen Profits, zweitens aber eine so zweckmäßige Organisation der Wirtschaft, daß der Ertrag der Arbeit erhöht wird. Wir wollen eine bessere Verteilung, vor allem aber eine erhöhte Produktion. Bekanntlich kann die Lage der Massen auf Kosten des Profits der Unternehmer

nicht nennenswert gebessert werden. (Sehr gut!) Wir würden, auch in einer sozialistischen Gesellschaft, einen großen Teil dessen, was heute den Sozialisten als Gewinn zuschießt, zur Beschaffung neuer Produktionsmittel verwenden müssen. Eine Sozialisierung ohne Steigerung der Produktion würde also nichts nützen. Umgekehrt könnte eine Steigerung der Produktion etwa durch Einführung der Planwirtschaft unter Umständen die Lage der Massen erheblich bessern. Eine völlige Beseitigung des Profits können wir überhaupt nicht in einem Lande allein, sondern nur international durchführen.

Der Name Walter Rathenau ist in einem Zusammenhange genannt worden, daß man daraus schließen könnte, er werde für einen gewöhnlichen Unternehmervertreter gehalten. Ich wünschte, wir hätten in der Partei eine Anzahl Leute, die die wirtschaftlichen Probleme so tief erfaßt haben und unsere Wirtschaft so gründlich kennen, wie Walter Rathenau. Wenn die Programmkommission ihre Aufgabe gut erfüllen soll, wird sie gerade an den Ideen dieses Mannes nicht vorübergehen können.

Dringend notwendig brauchen wir eine Art Planwirtschaft auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhr. Es mag richtig sein, daß wir für die notwendige Stabilisierung der Valuta die Hilfe des Auslandes brauchen. Es ist aber nur eine halbe Wahrheit. In der Hauptsache müssen wir uns selbst helfen. Wenn es uns nicht gelingt, eine aktive Handelsbilanz herzustellen, kann uns auf die Dauer keine auch noch so hohe ausländische Anleihe zu einer Stabilisierung der Valuta verhelfen. Wir müssen unbedingt die Einfuhr irgendwie entbehrlicher Waren aufs äußerste einschränken. Im Frieden hatten wir eine passive Handelsbilanz. Das konnten wir uns leisten, weil uns jährlich Milliarden aus dem Ertrag des im Ausland angelegten Kapitals und aus den Erträgen unserer unjurer Schifffahrt zufließen. Diese Einnahmen haben wir aber nicht mehr, sondern wir haben alljährlich Milliarden für die Wiedergutmachung zu zahlen.

Wir müssen uns über den furchtbaren Ernst des Problems der Einfuhr klar sein. Mit jedem Pfund Zuckat und Kaffee wächst die Gefahr, daß wir eines Tages für unsere bunten Papierzettel auch die notwendigsten Lebensmittel im Ausland nicht mehr bekommen, daß wir die schrecklichste Hungersnot im Lande haben. Deshalb muß die Partei auch den Mut haben, auch unpopuläre Forderungen aufzustellen, die zunächst von den Massen nicht verstanden werden. Wir müssen unter Umständen einzelne Existenzen zertreten, um das ganze Volk zu erhalten. In dem neuen Programm muß deshalb auch der Satz stehen, daß wir unsere Einfuhr aufs äußerste beschränken müssen und zu einer günstigen Handelsbilanz gelangen müssen. Wenn das Programm dem Grundsatze Rechnung trägt, daß die Sozialdemokratie die Vorkämpferin für eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft sein will, dann wird dieses Programm in hohem Maße wertvoll für die Partei sein, denn man wird in weiten Kreisen des Volkes einsehen, daß wir aus diesem furchtbaren Wirrwarr im Wirtschaftsleben nur herauskommen können, wenn wir die ganze Wirtschaft so planmäßig wie möglich gestalten. (Lebhafte Beifall.)

Frau Zabe: Das Erfurter Programm ist zum Teil erfüllt. Wir haben die persönliche und politische Freiheit. Von geschäftstüchtigen Menschen ist sie benutzt worden, um sich unermesslich reich zu machen, und das Volk ist dabei immer ärmer geworden. Der Landmann zieht aus deutscher Erde unermessliche Gewinne. (Sehr richtig!) Wir dürfen den Interessenvertretern der Landleute, die dauernd von der Not des Landmannes sprechen, nicht glauben. Die Genossen im Lande erwarten von uns ein Programm, das es ihnen ermöglicht, alle Säumigen zu kämpfen zu machen, um bei der nächsten Wahl eine Mehrheit aufzubringen. Unsere höchste Pflicht ist es, für ein leichter-

ständliches Programm zu sorgen, das die Menschen begeistert und zeigt, was wir wollen. Es gilt heute, Hunderttausende zu retten, die vor dem Verhungern sind. Alle geistig Hochstehenden und wirtschaftlich Schwachen müssen sich zusammenfinden, um in diesem Kampfe um die Existenz des deutschen Nachwuchses die Deutschen zu unterstützen. Wir müssen immer wieder betonen, daß die Gehaltsfragen der Arbeiter immer sehr bescheiden waren, daß die Löhne ums Vier- bis Sechsfache gestiegen sind, während die Lebensmittel um das Fünfzehn- bis Zwanzigfache teurer sind. Alles Geld, das in Parlamenten für Wohlfahrts- und Erholungszwecke bewilligt wird, kann den Untergang der Massen nicht aufhalten, sondern nur hinaushalten. Unsere höchste Pflicht ist es, in dem neuen Programm festzulegen, daß die Massen zur körperlichen Gesundung gelangen müssen. Nur der gesunde Körper kann einen gesunden Geist haben. Auch nach sittlicher Gesundung müssen wir streben. Sie kann nur durch geistige Klarheit, durch Bildung und Wissenschaft eintreten.

Wir müssen in dem neuen Programm unsere Stellung zum Kriege darlegen. Wir wollen keinen Krieg, sondern eine internationale Völkergemeinschaft. Nur dadurch werden wir den grausamen Friedensvertrag mildern können.

Unser Programm muß Nichtschnuren für die Vertreter im Reichsparlament und in den Landesparlamenten, für den Parteivorstand und für den letzten Genossen sein. Nur vom Sozialismus kann eine Rettung ausgehen, nicht von den Rechtsparteien, die noch immer das Unglück der Massen gewollt haben. Die Rechtsparteien wollen ein demütigtes Volk, damit sie um so besser leben können. Das haben sie in der Jetztzeit gezeigt, wo sie ruchlos und brutal über uns fortgeschritten sind. Sie fragen nichts nach Deutschland, sie fragen nur nach ihrer eigenen Lebenshaltung, nach Besitz, Hab und Gut. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende **Scheidemann** teilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen ist.

**Dießer** widerspricht dem Schluß der Debatte. Die Meinung der Delegierten sei noch zu wenig zum Ausdruck gekommen. Derartig ernste und wichtige Dinge müßten in aller Gründlichkeit erörtert werden.

Dem Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

**Dr. Adolf Braun** (Schlußwort): Ich wundere mich, daß man so großen Wert legt, noch länger über das Programm hier zu sprechen, wo doch bis Ende Juni nächsten Jahres eingehende Erörterungen über das Parteiprogramm stattfinden sollen. Jeder Parteigenosse ist gebeten, sich lebhaft an dieser Erörterung zu beteiligen. Das Wort von Wilhelm Liebknecht, daß unser Parteiprogramm eine Kollektivarbeit der Partei sein soll, soll sich nicht auf diesem Parteitag bewahrheiten, sondern in den neun Monaten, die diesem Parteitag folgen.

Privatim ist mir gesagt worden, daß meine Ausführungen zu wenig positiv gewesen seien. Ich bin mit dieser Kritik durchaus einverstanden. Es ist heute ebenso schwierig, ein Programm zu machen, wie eine Programmdebatte einzuleiten. Es liegt das in der ganzen Unsicherheit der Welt, die man in England ebenso wie in Rußland empfindet. Alle politischen Parteien leiden unter schwerster Krise. Auch die Arbeiterbewegung befindet sich in einem krisenhaften Zustande. Wenn nun in England der Gilbensozialismus und in Rußland der Volkshewismus auftauchen und die Menschheit wie eine heilige Sache entflammen, so sind das Zeichen der tiefen Unruhe in der Arbeiterschaft. Der Gilbensozialismus in England, vor kurzem erstanden, ist bald überholt. Die Störungen in der Arbeiterschaft sind so außerordentlich groß, daß sie immer

nach etwas neuem streben. Es ist ein ununterbrochenes Taften in der fortwährend quellenden Gegenwart, um einen Punkt zu finden, von dem man die Zukunft erkennen kann.

Ein Parteiprogramm zu schaffen, ist deshalb außerordentlich schwierig und verantwortungsvoll, diese Arbeit verdient alle Ihre Unterstützung.

Es wurde mir vorgeworfen, ich hätte die Beamtenpolitik nicht erwähnt. Das ist richtig. Aber was ist heute sozialistische Beamtenpolitik? Wir sehen die Beamten nach gesteigerten, immer höheren Gehältern, nach Einreihung in höhere Rangstufen streben. Das ist Gewerkschaftspolitik. Unsere Partei hat auch ein Aktionsprogramm für die Beamten, aber die sozialistische Gestaltung des Beamtenwesens ist ein noch ungelöstes, weil überaus schwieriges Problem des Sozialismus. Wir sehen in dem Beamtenwesen weit mehr Reste des alten Systems, als Ansätze zu einem neuen System. Wie streiten sich noch heute die Beamten um den Rang, um die Einreihung, um Dinge, die mit dem Wesen der Demokratie wenig zu tun haben. In einer sozialistischen Ordnung wird das Beamtentum etwas durchaus neues sein müssen, während das Beamtentum heute noch ein gewaltiger erratischer Block in einer Gesellschaft ist, die sozialistisch werden möchte, die aber noch mit tausend Fesseln an den alten Obrigkeitstaat gebunden ist. Daher ist das Beamtenproblem, wenn um Weltanschauungsfragen gestritten wird, überaus schwierig.

Vom Genossen **Bernstein** ist wie immer, so auch heute, sehr viel Gutes und Schönes gesagt worden. In seinen letzten Ausführungen hat er sich gegen meine Stellung zum Revisionismus gewandt; wenn er es auch nicht ausdrücklich betont hat, schien er doch die Meinung hervorgerufen zu wollen, daß sich das, was er als Revisionist wollte, durch die Entwicklung erfülle. Meiner Meinung nach ist die deutsche Entwicklung bis zum Kriege, und vor allem während des Krieges, der beste Beweis dafür, daß **Bernstein** die Zukunft nicht vorausgesehen hat. Wenn ich gegen die Wahl des Genossen **Bernstein** in die Siebenerkommission bin, so deshalb, weil er noch heute an den Revisionismus glaubt, weil wir aber, die wir ein Parteiprogramm machen wollen, nicht den Glauben erwecken wollen, daß **Bernstein**, der in tausenderlei Fragen Bannerträger für uns gewesen ist, auch in dieser Frage Bannerträger ist.

Gegen den Genossen **Dr. Dieß** muß man sich mit großer Entschiedenheit wenden. (Sehr richtig!) Der Genosse **Dieß**, der außerdem noch Rechtsanwalt ist, entkräftet sich über die formal-juristische Demokratie. Ist das heute, wo wir allen Scharfsinn der Durchführung einer wirklichen Demokratie in Deutschland zu widmen haben, unsere Aufgabe? (Sehr richtig!) Es gibt ja hier und da Politiker, die sehr eigenartig sind und die zur unzeitgemäßen Zeit etwas sagen, was in sie nicht paßt. (Sehr richtig!) **Scheidemann** hat vor einigen Monaten im Reichstag sehr richtig ausgeführt, es fällt uns gar nicht ein, die Demokratie als die letzte Form des Staatswesens zu betrachten. Sicherlich wird es eine Zeit geben, wo wir auch die Demokratie zu überwinden haben werden, wo wir zu höheren Formen staatlichen Wesens innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung kommen werden. Zuerst wollen wir aber das Durchgangsstadium der Demokratie erreicht haben, bevor wir die Demokratie überwinden. (Sehr gut!) Was **Dieß** sagt, wird ebenso im Lager der äußersten Reaktion, wie im Lager derer, die in Halle siegen wollen, mit Begeisterung aufgenommen werden. (Zustimmung.) **Dieß** hat selbst befundet, daß er früher als Sozialdemokrat für die Erhaltung der Monarchie in Baden gewesen sei, weil Baden ein „Musterländle“ gewesen wäre. Jetzt ist er für die Räterepublik und gegen die Demokratie. Genosse **Dieß**, rufen Sie nicht noch mehr Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter hervor; es ist schon genug Verwirrung vorhanden. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Hat Genosse **Dieß** etwa die Tage des

Kapp-Putsch es verschlafen? Gerade während des Kapp-Putsch haben wir gesehen, wie notwendig es ist, daß das deutsche Volk kraftvoll zur Verteidigung der Demokratie zusammensteht. Diese Stärke der Demokratie wollen wir nicht dadurch abschwächen, daß wir mit immer neuer Zweifelhäberei die Arbeiter verwirren und unsere Aktion erschweren.

Ich glaube, es ist das Beste, wenn wir uns an die Arbeit machen. (Sehr richtig!) Wir wollen möglichst schnell zur Bildung der Programmkommission kommen und die Arbeiten beginnen. Wir wollen trotz aller Hemmungen und Schwierigkeiten alles daran setzen, um den Parteigenossen im Frühsommer des nächsten Jahres ein Programm vorlegen zu können, das ihre Zustimmung findet.

Als Referent habe ich dann noch die Aufgabe, zu den verschiedenen Anträgen Stellung zu nehmen. Ich möchte Sie vor allen Dingen bitten, meinen Antrag unter Nr. 381, der die Bildung einer Kommission zur Ausarbeitung des Parteiprogramms mit weitgehenden Rechten, so mit dem, größere Kommissionen zu bilden, Sachverständige zu laden und Mitglieder zu kooptieren, vorzieht, anzunehmen; alle übrigen Anträge zum Parteiprogramm aber der Kommission zu überweisen.

Weiter möchte ich Sie bitten, die Richtlinien zur Agrarpolitik anzunehmen. Diese Richtlinien haben sicherlich viele Mängel. Aber in dem Augenblick, wo wir Spezialforderungen, die aus eigenartigen landwirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen, generalisieren, belassen wir wieder das Programm für große Teile Deutschlands, in denen diese Forderungen keine Bedeutung haben. Die Agrarverhältnisse, die Agrargeschichte und die Agrargesetzgebung weichen in den verschiedenen Teilen Deutschlands so sehr voneinander ab, daß wir uns mit wenigen allgemeinen Forderungen begnügen müssen, die für alle Landesteile Deutschlands anwendbar sind.

Wir werden nach wenigen Jahren das Programm und auch die Richtlinien erneut prüfen müssen. Immer kritisch gegen uns selbst, so kommen wir ständig zum Besseren.

Ich möchte Ihnen weiter empfehlen, die Richtlinien für die auswärtige Politik, die in dem Antrag Bels und Genossen auf Nr. 373 festgelegt sind, anzunehmen. Alles übrige ist Aufgabe derer, denen Sie das Vertrauen schenken, in der Kommission zu arbeiten. Wir wollen von festen sozialistischen Prinzipien ausgehen, aber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und Schwierigkeiten an die Arbeit gehen. (Lebhafter Beifall.)

Zu einer Erklärung namens der badischen Delegation erhält dann das Wort

**Schöpfli:** Im Namen der badischen Delegierten möchte ich folgende Erklärung abgeben. Die ersten Sätze in der Rede des Genossen Dr. Diez mußten den Eindruck hervorrufen, als ob der wesentlichste Teil der badischen Parteigenossen die Auffassung vertritt, die der Genosse Dr. Diez zum Ausdruck gebracht hat. Ich weiß, daß der Genosse Dr. Diez diesen Eindruck nicht absichtlich hervorrufen wollte. Ich kann erklären, daß zahlenmäßig nennenswerte Teile der Parteigenossenschaft diese Auffassung nicht vertreten. Die Tatsache, daß Genosse Dr. Diez Delegierter ist, spricht nicht dagegen. Wir haben ihm nur Gelegenheit geben wollen, nachdem er dieselbe Auffassung bei uns in viel schärferer Weise vertreten hat, seine Anschauung auf dem Parteitag bei Gelegenheit der Programmdebatte zu vertreten, weil er ein alter und in Baden sehr erprobter Parteigenosse ist. Wir in Baden sind keineswegs von dem alten demokratischen Standpunkt abgewichen und werden davon auch nicht abweichen. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag 381 (Bildung einer Programmkommission) mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen zum Parteiprogramm gestellten Anträge werden der Programmkommission überwiesen.

Die Richtlinien zum Agrarprogramm werden einstimmig angenommen, ebenso Antrag 373, die Richtlinien für die auswärtige Politik.

In die Programmkommission werden folgende acht Mitglieder gewählt: Bernstein, Adolf Braun, Cunow, Grabnauer, Keil, Moisenbuh, Müller-Potsdam und Frau Pfäff.

Es folgt der nächste Gegenstand der Tagesordnung.

### Die Wohnungsfrage.

Als Berichterstatter erhält das Wort

**Paul Girsch:** Zu den fürchterlichsten Folgeerscheinungen des Weltkrieges gehört neben der Nahrungsmittelnot und dem Mangel an Gebrauchsgegenständen aller Art die Wohnungsnot. In gewissem Umfange hat es eine Wohnungsnot, die sich in dem Mangel an Wohnungen und in fortgesetzten Mietsteigerungen äußerte, mit denen die Steigerung des Einkommens nicht Schritt hielt, von jeher gegeben. Aber während sie sich früher im wesentlichen auf Großstädte und Industriezentren beschränkte und sich fast ausschließlich den Arbeitern und Kleinbürgern fühlbar machte, hat sie sich heute auch auf Mittel- und Kleinstädte, ja selbst auf das platte Land ausgedehnt und, von geringen Ausnahmen abgesehen, alle Schichten der Bevölkerung ergriffen.

An dieser Erscheinung darf eine Partei wie die sozialdemokratische, die unbeschadet ihres Endziels auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Lage der Arbeiterklasse zu heben bestrebt ist, nicht achlos vorübergehen. (Sehr wahr!) Wollen wir verhindern, daß weite Kreise des deutschen Volkes völlig verelenden und zu barbarischem Dasein herabsinken, wollen wir verhindern, daß unsere Jugend körperlich und sittlich zugrunde gerichtet wird, so müssen wir die Art an die Wurzel des Übels legen und mit allen Mitteln dem Wohnungselend zu Leibe gehen. Solange wir nicht insatiable sind, gesunde Wohnungen in ausreichender Zahl zu schaffen, werden wir der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit nicht Herr werden, werden die ungeheuren Opfer im Kampfe gegen die Tuberkulose vergebens gewesen sein, wird alles Prebigen gegen die zunehmende Unsitlichkeit des Volkes nichts helfen. (Zustimmung.)

Der Einfluß der Wohnung auf Krankheit und Sterblichkeit wird heute von keiner Seite mehr bestritten. Die statistischen Erhebungen der Oristanrentkassen, die Untersuchungen hervorragender Sozialhygieniker sprechen eine leider nur zu bereite Sprache. Wir wissen, daß mit der Ausbreitung der Mietkasernen Hand in Hand geht eine Zunahme der Säuglingssterblichkeit, namentlich der künstlich ernährten Kinder, wir kennen den innigen Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Verschaffenheit der Wohnungen, wir haben gesehen, in wie zahllosen Fällen überfüllte Wohnungen letzten Endes den Mann dem Alkoholismus, halbwüchtige Mädchen und Burlesken der Prostitution oder dem Verbrechertum in die Arme treiben. Noch immer gilt das Wort, das Miquel einst gepredigt hat: „Gute Wohnung, billige Wohnung, reichliche Wohnung gibt gute Gesellschaft, gutes Familienleben, und dies gibt den festen Halt, welcher die Arbeiter tüchtig und ehrenwert macht.“ Und nicht minder recht hat Graf Pofadowsky, wenn er sagt: „Die Wohnungsfrage lösen, heißt den wichtigsten Teil der sozialen Frage lösen.“

Zu der Lösung der Wohnungsfrage, die nur zugleich mit der sozialen Frage überhaupt gelöst werden kann, werden wir heute ja kaum kommen. Das